Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 304. Donnerstag, den 29. Dezember 1921. 28. Jahrgang.

Der drohende Eisenbahnerstreik.

Die Regierung lehnt die Forderungen ab.

Berlin, 28. Dezember.

Das ultimative Vorgehen der Eisenbahner im Westen konnte nur möglich werden durch das **zögernde Verhalten des Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministers.** Schon vor Weihnachten und erst in den allerletzten Tagen sind die maßgebenden Regierungsinstanzen wiederholt auf die erregte Stimmung, die unter den Eisenbahnern im Westen vorherrscht, von den Organisationen aufmerksam gemacht worden. Alle Hinweise wurden jedoch übergangen mit der Absicht, die Gefahren an sich herankommen zu lassen und erst dann Pläne zu hegen, nachdem man wieder einmal durch Schaden klug geworden war. Die Erregung der Eisenbahner wurde hauptsächlich durch das Schreiben des Reichsfinanzministers Hermes an den Deutschen Beamtenbund hervorgerufen. Hermes erlaubte sich nicht nur, Forderungen, über die jede Organisation mit sich hätte reden lassen, sondern **auch Verhandlungen glatt abzulehnen. Auch das neue Ortsklassenverzeichnis, das einem Teil der höheren Beamten die Auszahlung nicht zu unterschätzender Beträge verschaffte, die mittleren Beamten und Arbeiter dagegen leer ausgehen ließ,** und die Aenderung der Einkommensteuer, die einem gewissen Teil der Beamten gleichfalls Vorteile gibt, **haben zu der Erregung beigetragen.** Pflicht insbesondere des Reichsfinanzministers wäre es gewesen, der Stimmung soweit wie möglich Rechnung zu tragen, und hierzu war das Finanzministerium umsomehr in der Lage, als die vorläufigen Wünsche der Eisenbahnerorganisationen dahingingen, die Vorauszahlung eines bestimmten Teiles des Januar-Gehaltes bezw. der Löhne auf die Ortsklassen C, D, E ohne weiteres auszudehnen. Aber auch das wurde von den reaktionären Geheimräten in den in Frage kommenden Ministerien vereitelt, wie diese Geheimräte allem Anschein nach dem Finanzminister überhaupt auf der Nase herumtanzen.

Während so die Ruhe und Ordnung auch im Westen ohne Etatsbelastung aufrecht zu erhalten gewesen wäre, trägt jetzt das Deutsche Reich abermals bestimmte Kosten für die Lehren, die der Reichsfinanzminister machen mußte. Schon haben sich die Teilstreiks im Westen ausgedehnt; **die Strecke Elberfeld-Düsseldorf wurde am Mittwoch bereits gänzlich stillgelegt,** wodurch dem Reiche hohe Einnahmen verloren gehen. Hinzukommt, daß die Kohlenförderung, die gerade im Augenblick so dringlich notwendig erscheint, unterbunden wird, und unser Wirtschaftsleben, wenn auch nicht allzu große, durch den bis jetzt erfolgten Ausstand, immerhin aber beträchtliche Stockungen erleidet.

Noch ist der endgültige Streik nicht durchgeführt, da die **Beschlußfassung** über die **Durchführung eines Streiks** im ganzen **Westen auf Freitag vertagt** worden ist. Es ist anzunehmen, daß bis dahin eine Verständigungsmöglichkeit gefunden wird, und neue Gefahren abgewendet werden. Das aber rechtfertigt keineswegs die Haltung der Reichsregierung, und wir müssen schon verlangen, daß die maßgebenden Ressortsminister in Zukunft mehr Weitblick als bisher für die tatsächlichen Verhältnisse besitzen und entsprechend handeln.

Die rechtsgerichtete Presse, die sich bisher noch immer als gutes Sprachrohr des Herrn Hermes bewährt hat, sucht die Streikdrohung der Eisenbahner im Westen auf Machenschaften des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zurückzuführen. Als Begründung hierfür wird angegeben, daß sich der zweite Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk Elberfeld aufhält. Diese Behauptungen der reaktionären Presse stammen zweifellos aus der allernächsten Nähe des Herrn Hermes und haben den Zweck, die Oeffentlichkeit gegen die Eisenbahner auszuspielen. Wir stellen deshalb fest, daß der Deutsche Eisenbahnerverband nie daran gedacht hat, den Streik zu inszenieren, sondern daß die ultimative Forderung der Eisenbahner im Westen, durch die Not hervorgerufen wurde, und dem Willen des übergroßen Teiles der Eisenbahnarbeiter entspricht. Bisher hat der Deutsche Eisenbahnerverband alles getan, um eine Verständigung herbeizuführen und so den Streik zu verhindern. Die Mitglieder des Hauptvorstandes, die sich zurzeit im Westen aufhalten, sind gleichfalls angewiesen, entsprechend zu handeln, jedoch die Führung zu übernehmen, falls der Streik ausbricht. Mehrfach hat die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes diese Auffassung dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsminister unterbreitet und noch am Mittwoch nachmittag versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Wie man angesichts dieser Tatsachen von einer Inszenierung des Streikes durch den Deutschen Eisenbahnerverband reden kann, erscheint uns höchst sonderbar. Was bezwecken die Machenschaften des Herrn Hermes?

*

Düsseldorf, 28. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Der von den Eisenbahnerorganisationen für Mittwochnachmittag angekündigte Verkehrsstreik ist nicht durchgeführt worden, da die Bezirksorganisationen mit dem Hauptvorstand noch in Verhandlungen stehen. Die Beschlußfassung über einen Streik wurde auf Freitag vertagt. Inzwischen haben sich die Teilstreiks ausgedehnt. Die Strecke Elberfeld—Düsseldorf liegt bereits brach und hat jeden Personen- wie Güterverkehr eingestellt.

Ablehnung des Ultimatums der Eisenbahner.

Berlin, 29. Dezember.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Nachmittagssitzung in 2½stündiger Beratung mit den laufenden Angelegenheiten. Der Reichsverkehrsminister hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Verkehrslage, wie sie sich darstellt nach dem Ultimatum der Eisenbahner. Das Kabinett beschloß einstimmig, die ultimativ gestellten Forderungen der Eisenbahner abzulehnen und eine sofortige Gehaltserhöhung, sowie eine Teuerungsbeihilfe nicht zu bewilligen. Es stellt sich auf den Standpunkt, daß gegenwärtig, wo Deutschland unter schwerstem außenpolitischen Druck steht und unbedingt der Reichshaushalt in Gleichgewicht gebracht werden müsse, unmöglich Beträge bewilligt werden könnten, die für das Reich die Auswirkung mehrerer Milliarden Mark Ausgaben bedeuten würde. Es müsse bei der im Dezember getroffenen Regelung des Reichsfinanzministeriums bleiben.

Die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 29. Dezember.

Nach Mitteilung aus gut unterrichteten Kreisen soll der Allgemeine Eisenbahnerverband erklärt haben, sich gegebenenfalls selbst an die Spitze der gegenwärtig nur von den Betriebsfunktionären einzelner Bezirke geführten Bewegung zu stellen.

Die Kokslieferungen an die Entente.

Berlin, 29. Dezember.

Offiziös wird mitgeteilt: Im Verfolg des Ende November einsetzenden starken Frostes sind bekanntlich erhebliche Störungen in der Wagengestellung im Ruhrrevier eingetreten. Die Rückwirkung dieser Verhältnisse auf die Pflichtkohlenlieferungen an die Entente konnte nicht ausbleiben. Die tatsächlichen Kokslieferungen sei dem 15. Dezember erreichten jedoch fast 12 000 Tonnen neben rund 30 000 Tonnen Kohlen täglich. Die zuständigen Reichsministerien haben sofort eingegriffen. Die getroffenen Maßnahmen — Zurückstellung anderer Lieferungen, auch die Gefahr von Arbeitseinstellungen in der heimischen Industrie, Gestellung von Transportmitteln, Feiertagsarbeit usw. — haben den Erfolg gehabt, daß im Durchschnitt am 25., 26. und 27. Dezember das Lieferungssoll an Koks voll erreicht worden ist. Am 27. Dezember sind nicht weniger als 43 792 Tonnen Koks verladen worden. Die Reparationskommission ist durch die deutsche Kriegslastenkommission über die Bemühung, die vorliegenden Schwierigkeiten zu überwinden, fortlaufend unterrichtet worden.

Die Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Berlin, 29. Dezember.

Während sich Staatssekretär Fischer als offizieller Vertreter der deutschen Regierung in der französischen Hauptstadt aufhält, trägt Dr. Walter Rathenaus Besuch inoffiziellen Charakter. Man nimmt deshalb in hiesigen unterrichteten Kreisen an, daß Rathenau nicht an den offiziellen Beratungen zwischen dem Staatssekretär Fischer und der Reparationskommission teilnehmen wird, jedoch wird Rathenau mit der Reparationskommission in ständiger Fühlungnahme bleiben. Man ist der Ansicht, daß im Januar von deutscher Seite beim besten Willen nicht mehr als etwa 200 Millionen Mark bezahlt werden können.

Fortschritte in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Breslau, 29. Dezember.

Aus einer Unterredung mit dem polnischen Delegationsführer Olczewski, die der „Oberschlesische Kurier" veröffentlicht, tritt eine allgemeine optimistische Beurteilung des Standes der deutsch-polnischen Verhandlungen hervor. Bundesrat Calonder würde nur in wenigen Fragen nach den Schiedsrichter zwischen Deutschland und Polen spielen müssen. Zu diesen gehöre die Frage der oberschlesischen Milchversorgung. Die deutsche Delegation berufe sich auf das allgemeine Ausfuhrverbot für Milch und Milchprodukte, während sie in der Frage der Fleischausfuhr entgegenkommend sei. Für den allgemeinen deutschpolnischen Ausgleich, der über die polnischen Fragen hinausgeht, sei jetzt die Verhandlungsbasis bereits geschaffen.

Die Börse am Mittwoch.

Am Mittwoch trat zu Beginn der Berliner Börse eine Abschwächung der Devisenkurse ein. Dollarnoten gingen im Verlaufe der ersten Börsenstunde bis auf 175 zurück; im weiteren Verlaufe machte sich jedoch eine Befestigung geltend. Es notierten amtlich: Kabel Neuyork 183, London 770, holländische Gulden 6675. Am Effektenmarkte war die Tendenz bei geringen Umsätzen fest.

Konferenzen.

Dr. L. Lübeck, 29. Dezember.

Was ist das Ergebnis der viel genannten Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand? Jeden Tag kann man aus englischen und französischen Zeitungen Resultate herauslesen; aber eines widerspricht dem anderen. Gerüchte kommen, und sie werden durch neue Gerüchte abgelöst.

Wirklich bestimmt weiß man von der Londoner Konferenz nur eins: es wird eine neue Konferenz einberufen werden, in Cannes. Am 6. Januar soll diese neue Konferenz beginnen; vier Wochen später wird man von ihr genau soviel wissen wie heute von London. Man wird mit der Absicht auseinander gegangen sein, wieder eine neue Konferenz abzuhalten. Das ist das klägliche Resultat der großen Bemühungen, an einem Neuaufbau der Welt zu beginnen. Und es ist gleichzeitig die einzig mögliche Folge der gesamten politischen Weltlage; die Fehler aller, begangen während der letzten drei Jahre, rächen sich jetzt auch an allen. Washington, neben London gestellt, deckt die Fehler auf.

Die dortige Abrüstungskonferenz tagt nun seit sieben Wochen. Wir wollen ihre Wirkung auf das Denken der Völker gewiß nicht unterschätzen; aber das wirklich greifbare Ergebnis ist doch recht bescheiden. Die Abrüstung zu Lande ist gänzlich ausgeschieden; Briand hat dies erreicht mit seiner bekannten Rede, in der er von den 7 Millionen geheimer Soldaten Ludendorffs phantasierte. Er sprach von dem ungekrönten Kaiser des Deutschen Reiches, auf dessen Wink 7 Millionen kriegstüchtige, als Zivilisten verkleidete Soldaten, auf Frankreich zu stürzen bereit sind. Und mit der Abrüstung zur See ist man über das Stadium schöner Reden und Vorschläge noch nicht hinausgekommen.

Und wie war die Washingtoner Konferenz vorbereitet! Die Presse der ganzen Welt arbeitete für sie, begrüßte sie. Und Einberufer war die größte wirtschaftliche Macht von heute, und die größte militärische Macht von morgen, wenn sie nur will: Amerika.

Unter viel schlechteren Vorbedingungen hat London stattgefunden, und auch Cannes wird im Zeichen größerer Ungunst stehen. Diese beiden Konferenzen sind von Deutschland veranlaßt, wenn auch nur mittelbar; und doch durfte und darf Deutschland nicht einmal mitreden. Deutschland ist nur durch eine Macht vertreten, durch seine Schwäche. Und auf dieser seiner Schwäche beruht seine Stärke. Die sieben Millionen deutscher Papiersoldaten, mit denen Briand in Washington operierte, werden in der Welt heute schon nicht mehr ernst genommen. Aber ein anderes Beweismittel Frankreichs leuchtet der Welt schon eher ein: die deutsche Zahlungsfähigkeit auf Grund der wirtschaftlichen Hochkonjunktur.

Mit kurzen Worten: Man glaubt der deutschen Regierung ihre Zahlungsunfähigkeit nicht recht. Wohl ist man über zwei Punkte einig; daß die Form der deutschen Zahlungen unglücklich gewählt ist, und daß ferner die Höhe der Zahlungen sowohl Deutschlands Vermögen, als auch die Aufnahmefähigkeit der Siegerstaaten übersteigt.

Aus dieser Ansicht ergeben sich ohne weiteres zwei Fragen, die Cannes hauptsächlich beschäftigen werden. Erstens: wieviel kann Deutschland wirklich zahlen, und zweitens: welche Zahlungsform ist zu wählen, damit die deutschen Leistungen einerseits die Industrie der Alliierten nicht gefährden, andererseits Deutschlands Kaufkraft möglichst wenig vermindern?

Deutschland hat unter all diesen Umständen eine Aufgabe, und zwar nicht erst seit heute: die Welt von seiner Schwäche zu überzeugen. In dem Maße, wie der Regierung Wirth das gelingt, wird sie für ihre Politik Erfolge buchen können.

Hätte gegen die Erfüllungspolitik der Regierung nicht von vornherein eine systematische Sabotage eingesetzt und hätte die Regierung die nötige Energie und Kraft besessen, um diese Sabotage zu überwinden, dann würde die Frage nach dem Grade der deutschen Zahlungsfähigkeit heute ungefähr gelöst sein. So aber kann man mit einiger Sicherheit voraussehen, daß die Alliierten in Cannes, wenn überhaupt, sich auf eine Reihe wirtschaftlicher Zwangsmaßregeln einigen werden, die man Deutschland auferlegen wird, nur daß man sich bemühen wird, diese Pille zu überzuckern.

Und dann? Man vergesse doch nicht, daß die Regierungen gebunden sind. Daß sie ihren Parlamenten verantwortlich sind. Keine Regierung, auch die englische nicht, kann es wagen, vor das Parlament hinzutreten und zu erklären: Wir haben auf so und soviel Milliarden Goldmark, die Deutschland uns schuldet, verzichtet! — Was also dann?

Man sieht sich nach Helfern um und schielt dabei nach Amerika, das wie im Krieg, auch im Frieden helfen soll.

Und deshalb denkt man an eine allgemeine Wirtschaftskonferenz. Wir werden gut tun, uns mit Geduld und Skepsis zu wappnen. Und den Spekulanten und Reparationsgewinnlern an den Geldbeutel zu gehen.

Der Umschwung in der französischen Ostpolitik.

In Frankreich vollzieht sich eine bedeutsame Schwenkung im Verhalten zu Sowjetrußland. Sie hat sich verhältnismäßig unvermittelt vollzogen und zwar Hand in Hand mit der Aenderung der Politik gegenüber Deutschland. Der Anstoß der Schwenkung ist in den Wiesbadener Besprechungen zu suchen, in dem Rathenau im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der französischen Provinzen auch auf die Wiederherstellung der russischen Industrie hingewiesen hat. Diese Hinweise haben kein Echo gefunden, bis die Pläne von Stinnes, die nicht in London, sondern auch in Neuyork auf große Beachtung stießen, das Interesse des französischen Kapitals erregten. Dazu gesellten sich in Regierungskreisen politische Erwägungen, die die bisherige Haltung gegenüber Sowjetrußlands änderten. Man besann sich endlich darauf, daß man sich durch diese bisherige Haltung nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland, also die mächtigsten Staaten des Ostens zum Feinde mache.

Und so kam es, daß, während noch vor einem halben Jahre Krassin die Einreise verweigert wurde, heute Sowjetagenten ungehindert zwischen Paris und den andern europäischen Hauptstädten hin- und herreisen. In Frankreich ist es sehr wohl bekannt, daß solche große deutsch-russischen Unternehmungen wie die „Russische Metallverwertungsgesellschaft" und die „Deutsch-Osteuropäische Wirtschaftsbank" in Deutschland unter Rathenaus Initiative entstanden sind und dann verschaffen sich die Sowjetagenten, die sich reklamenmäßig auf diesen Gründungen berufen, Eingang in die französischen Geschäftskreise.

Eine der wichtigsten Mittelspersonen ist dabei Graf de Chevilly, der selbst an russischen Industrie- und Finanzunternehmungen stark interessiert ist. Besonders belangreich ist es hierbei natürlich, daß Chevilly in nahen Beziehungen zu Loucheur, der selbst bekanntlich ein geschickter Unternehmer ist, steht. Große französisch-russische Wirtschaftspläne werden immer deutlicher erkennbar. Die letzte Note Tschitscherins über die „Fettbissen", die Frankreich leicht entgehen könnten, hat also ihre Wirkung nicht verfehlt.

Vom Standpunkte der inneren französischen Politik ist kurz erklärend zu bemerken, daß der Zerfall der französischen kommunistischen Partei die Angst vor dem Gespenst des Bolschewismus und die Befürchtungen eines etwaigen Bündnisses zwischen den französischen und den russischen Kommunisten erheblich geschwächt hat. Das berühmte Plakat: ein Bolschewik mit einem Messer zwischen den Zähnen, das vor zwei Jahren die französischen Wähler so sehr beeinflußt hat, würde jetzt ohne jeglichen Eindruck bleiben. Wachsam bleibt nur die französische — Geheimpolizei, die jeden Schritt der Sowjetagenten überwacht, damit sie nicht ihre „Kompetenz" überschreiten.

Die erhöhte Umsatzsteuer.

Amtlich meldet die Dena: Wie bekannt, berät der Reichstag über eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz. Die Verhandlungen können voraussichtlich erst im Laufe des Januar zum Abschluß gebracht werden.

Der 11. Ausschuß des Reichstages hat in der ersten Lesung dem Vorschlage der Regierung, die erhöhte Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, zugestimmt. Hinsichtlich des Steuersatzes steht noch nicht fest, ob der Satz auf 2 Prozent, wie der Ausschuß des Reichstages in erster Lesung beschlossen hat, oder auf 2½ Prozent, wie die Reichsregierung vorgeschlagen hat, erhöht wird. Sollte das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten, so wird von diesem Zeitpunkt ab auch die Ausfuhr der Umsatzsteuer unterworfen sein, gleichgültig, ob die Gegenstände unmittelbar in das Ausland oder an einen Ausfuhrhändler geliefert werden. Nur diejenigen Lieferungen, die der Ausfuhrhändler seinerzeit ohne vorherige Be- oder Verarbeitung ins Ausland vornimmt, sind unter bestimmten Formvorschriften von der Umsatzsteuer befreit. Diese Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht der Ausfuhr wird bis zu einem noch zu bestimmenden Termin nur gewährt, wenn der Lieferer nachweist, daß der Vertrag über die Lieferungen in das Ausland vor dem 1. Januar 1922 mit fester Preisvereinbarung abgeschlossen ist. Weiterhin werden dann vom 1. Januar 1922 ab die ersten Umsätze aus der Ausfuhr grundsätzlich steuerpflichtig. Ausgenommen hiervon werden wahrscheinlich sein: Lebens- und Futtermittel, sowie eine Anzahl für die deutsche Industrie notwendiger Rohstoffe und Halbfabrikate erster Ordnung, z. B. Kupfer, Zinn, mineralischer und pflanzlicher Oele und Fette, Textile, Spinnstoffe und Garne u. a. m.

Weitgehende Begnadigung der Teilnehmer an der bayerischen Rätebewegung.

München, 29. Dezember.

Wie amtlich mitgeteilt wird, wurden nach der letzten statistischen Zusammenstellung wegen Beteiligung an der Rätebewegung des Frühjahrs 1919 im ganzen in Bayern 497 Personen zu Festungshaft verurteilt. Weit mehr als zwei Drittel von ihnen haben auf dem Wege der Einzelbegnadigung eine Bewährungsfrist erhalten. Hiernach wurde mit Gnadenakten soweit gegangen, wie es überhaupt in einem geordneten Staatswesen möglich ist. Dabei wurde die Begnadigungsfrist nicht etwa — wie gelegentlich behauptet wurde — kurz vor Ablauf der Strafzeit bewilligt, im Gegenteil hat weitaus die Mehrzahl der Begnadigten einen sehr erheblichen Teil der Strafe nicht verbüßt. Ein größerer Teil hat nur einen recht geringen Teil der Strafe verbüßt und eine nicht unbeträchtliche Anzahl hat für die ganze Strafe Bewährungsfrist erhalten.

Friesland, Braß, Malzahn gemaßregelt.

Die Antwort auf die Adresse der 128.

Der Konflikt in der KPD. ist von der Zentrale in der bei den Kommunisten üblichen Weise gelöst worden, nämlich durch die Maßregelung der Widerspenstigen. Wie die „Rote Fahne" berichtet, hat die Zentrale der KPD. in ihrer Sitzung vom 27. d. M. beschlossen, wegen der Unterzeichnung des Aufrufs der 128 Friesland seiner Funktion als Zentralmitglied, Braß und Malzahn ihrer Parteifunktionen bis zur Tagung des Zentralausschusses zu entheben. Friesland war bereits, wie hier gemeldet wurde, am 14. Dezember seiner Funktion als Generalsekretär der Zentrale enthoben worden. Jetzt hat man ihn gänzlich aus der Zentrale ausgeschlossen. Wenn die „Rote Fahne" bemerkt, daß dies geschehen sei, obwohl man Friesland wie auch den übrigen Vertretern der gleichen Anschauung „die weitestgehende Diskussionsfreiheit" gegeben habe, so läßt sich diese Behauptung angesichts der vollzogenen Maßregelung höchstens noch humoristisch werten.

Seit der Märzaktion sehen wir, daß ein Führer der KPD. nach dem andern ausscheidet. Erst glaubte man mit dem Ausschluß Levis der Opposition das Haupt abgeschlagen zu haben, dann erfolgte die Abspaltung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der sich acht Reichstagsabgeordnete und mehrere Landtagsabgeordnete anschlossen, nun stehen Friesland, Braß und Malzahn vor dem Ausschluß. Damit dürfte die Sache noch lange nicht zu Ende sein. Denn außer diesen dreien haben ja noch 125 weitere Funktionäre der KPD. höheren Grades die Protestadresse unterschrieben. Die Zentrale, die jetzt kühn behauptet, daß sie sich bei der Maßregelung „mit den Parteigenossen im Reich einig wisse", dürfte also noch manche unliebsame Ueberraschung erleben. Wir glauben jedenfalls nicht, daß die Zentrale der Eberlein und Konsorten durch noch so scharfe Gewaltmaßregeln den schwindenden Glauben an ihre Unfehlbarkeit wird retten können.

*

Hugo Eberlein beginnt in der „Roten Fahne" eine Artikelserie zu seiner persönlichen Rechtfertigung, nachdem ihm, wie er schreibt, sein bisheriges Schweigen zu den Enthüllungen des „Vorwärts" von der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft als Schuldbekenntnis ausgelegt wird. Der von der „Roten Fahne" heute veröffentlichte Teil hat mit dem Kern der Sache, den mitteldeutschen Unruhen, so gut wie nichts zu tun. Eberlein gibt vielmehr eine langatmige historische Darstellung über die Entstehung der MP., der illegalen kommunistischen Kampforganisation. Aber auch hier zeigt sich der echte Eberlein. Er hat nämlich die Stirn, folgendes zu behaupten:

Die MP. oder die „illegale Organisation" war nicht, wie es die Agenten Weismanns seit langem hinzustellen versuchen, eine festgefügte Organisation innerhalb der revolutionären Arbeiterpartei, sie war vielmehr eine politische Richtung, die seit der Revolution sich in allen revolutionären Parteien gezeigt hat.

Jedesmal, wenn in kommunistischen Artikeln der Name Weismann auftaucht, ist das ein Zeichen, daß irgend etwas Unangenehmes verschleiert werden soll. Es handelt sich nämlich gar nicht um eine von „Agenten Weismanns" aufgestellte Behauptung, sondern um eine Tatsache, die durch ein authentisches Dokument der höchsten kommunistischen Instanz feststeht. In den bekannten 21 Punkten, die der Unabhängigen Partei vor dem Hallenser Parteitag als Grundbedingung für den Eintritt in die Dritte Internationale vor dem Moskauer Exekutivkomitee vorgelegt wurden, heißt es nämlich wörtlich unter Punkt 3:

Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität (Gesetzmäßigkeit) haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.

Da wir nicht annehmen können, daß das Moskauer Exekutivkomitee aus „Spitzeln Weismanns" besteht, so müssen wir feststellen, daß Hugo Eberlein einfach die Unwahrheit sagt. Die illegale Organisation (MP.) ist keine „politische Richtung" besonders militaristisch organisierter Parteigenossen, als die Eberlein sie hinzustellen sucht, sondern ihre Einrichtung war der Kommunistischen Partei von Moskau vorgeschrieben. In dieser Hinsicht reden die 21 Punkte eine so klare Sprache, daß alle Verdrehungskünste Eberleins daran scheitern.

Das unergänzte Reichskabinett.

Wiederholt ist in den letzten Monaten die Frage erhoben worden, wann die bisher unbesetzten Ressorts des Reichsaußenministers und des Reichsfinanzministers ausgefüllt werden sollen bezw. aus welchem Grunde dies bisher nicht geschehen sei? Die Diskussion ist bisher weiter geschleppt worden, ohne daß irgend eine amtliche Stelle es für erforderlich hielt, Stellung zu nehmen und den Fragenden Auskunft zu erteilen. Inzwischen hat sich eine Situation ergeben, die das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes als schlechtweg unmöglich erscheinen läßt. Die außenpolitische Gestaltung der Dinge, die Zuspitzung des Reparationsproblems, die bevorstehende Konferenz in Cannes usw. machen es unbedingt erforderlich, daß Deutschland endlich den Außenministern der Entente einen eigenen Außenminister zu präsentieren im Stande ist. Wenn heute die Forderung nach einer schleunigen Besetzung des Außenministerpostens erneut erhoben wird, so soll damit der Persönlichkeit wie den Fähigkeiten des Reichskanzlers Dr. Wirth kein Abbruch getan werden. Wer die Gradlinigkeit seiner Politik von ihren Anfängen bis zum gegenwärtigen Augenblick verfolgt hat, wird nicht im Zweifel über die großen Qualitäten dieses Mannes sein. Dennoch ist es aus grundsätzlichen wie aus taktischen Erwägungen unmöglich, daß Herr Dr. Wirth, der durch seine Kanzlertätigkeit mehr als genug belastet ist, auch weiterhin das Ressort des Außenministers verwaltet.

Nicht anders steht es mit dem Ressort des Finanzministers. Was von den Fähigkeiten des Kanzlers Dr. Wirth gesagt wurde, darf nicht einmal ohne weiteres auf unseren Reichsernährungsminister Dr. Hermes übertragen werden, gegen dessen sachliche Qualifikation doch wohl in allen Verbraucherkreisen stärkste Bedenken bestehen. Dennoch verwaltet dieser Mann nebenher das Ressort des Finanzministers, und dies bei einem Zustande unserer finanziellen Verhältnisse, daß auch der geschulteste Finanzkenner Schwierigkeiten haben dürfte, den Etat einigermaßen zu balancieren. Die Zeiten des alten Rom sind vorüber, in denen die Finanzen des Reiches von zwei Quästoren überwacht und geleitet wurden. Wir können uns jene altrömische Sparsamkeit nicht erlauben, und gerade gewisse Vorbilder aus jener Zeit schrecken vor Nachahmungen. Soll das Reichsernährungsministerium imstande sein, seine Aufgaben auf dem Gebiete der Volksernährung auch nur einigermaßen zu lösen, so muß es von dem gewaltigen Komplex der Finanzfragen endlich entlastet werden.

Worauf wartet man? Es läßt sich nachgerade der Eindruck nicht vermeiden, als wollten gewisse Reichsstellen die unbesetzten Ressorts der Deutschen Volkspartei reservieren. Es besteht Grund zu der Annahme, daß es gerade führenden politischen Kreisen nicht erwünscht ist, diese Ueberzeugung als in der Bevölkerung vorherrschend zu wissen. Mögen sie dafür sorgen, daß endlich durch die schleunige Ergänzung des Kabinetts mit den richtigen Männern jener Verdacht aus der Welt geschafft wird.

Ochsen im Porzellanladen.

Der rassenstolze Teutone kennt nur seine „langschädlige Edelrasse". Alles andere ist minderwertig, besonders Juden, Sozialdemokraten und so weiter. Die „Deutsche Zeitung", in der dieser deutsche Rassenkult besonders eifrig gepflegt wird, lieferte gestern einen besonders bösartigen Artikel teutonischer Ueberspanntheit. Sie spricht von der Begnadigung der deutschen Gefangenen in Avignon und redet dabei von dem „teuflischen Sadismus, der die widerlichsten aller Köterrassen, die Franzosen, charakterisiert", und erklärt „diese in Blutrausch und nationaler Eitelkeit schwelgende sogenannte französische Nation" für ein „niederträchtiges Pack".

Wir hängen diese Flegeleien eines „deutschen" Journalisten hier lediglich niedriger. Erklärend, wenn auch nicht entschuldigend, mag die Tatsache erwähnt werden, daß die Schimpfepistel von dem — Münchener Mitarbeiter des genannten Blattes stammt. Er ist wahrscheinlich beim Schreiben dieser Sätze auch in einem Rausch gewesen, wenn auch nicht in einem „Blutrausch". Eine Frage sei noch angefügt: Mit welchem Recht beschweren sich diese teutonischen Schimpfhelden darüber, wenn sie in Frankreich als „Boches" bezeichnet und ihnen alle Laster angedichtet werden, die irgendeine schmutzige Phantasie erfinden kann? Ihre neueste Leistung ist wieder einmal Wasser auf die clemenceistischen Mühlen. Sie toben im Porzellanladen wie — Elefanten, pflegt man ja wohl zu sagen. Aber es hieße die Intelligenz eines Elefanten kränken, wollte man sie mit der neuesten Leistung der „Deutschen Zeitung" in Verbindung bringen.

Ein seltsamer Verein.

Vor uns liegt ein gedrucktes Formular, das eine Aufnahme-Erklärung in den „Verein ehemaliger Feldartillerie-Schießschüler" darstellt. Es hat etwa das Aussehen einer polizeilichen Anmeldeerklärung, nur daß die hinter dem Namen auszufüllenden Rubriken noch bei weitem zahlreicher sind. Besonders genaue Auskünfte werden über die militärischen Verhältnisse des Aufzunehmenden verlangt. Unter den Rubriken, die der Aufnahmesuchende auszufüllen hat, steht dann folgender Satz:

> Ich bekenne hiermit bei meinem Ehrenwort, daß ich nicht Sozialdemokrat bin, noch die Ideen derer huldige, ebenso erkenne ich die Satzungen des Vereins, die mir bekannt sind, hiermit an.

Völlige Nichtbeherrschung der deutschen Sprache ist noch immer das sicherste Kennzeichen deutschvölkischer Gesinnung gewesen. Ein Sozialdemokrat wird über den Ausschluß aus dieser Gesellschaft keine Träne vergießen, da er „nicht die Ideen derer huldigt".

Stinnes und Deutschlands Kreditwürdigkeit.

Stinnes hat einem Redakteur eines deutsch-bürgerlichen Prager Blattes ein Interview gegeben, in dem er dementiert, daß er in amtlichem Auftrage in England gewesen sei und daß er beabsichtige, noch einmal nach London zu gehen. In der Reparationsfrage nimmt er seinen altbekannten pessimistischen Standpunkt ein. „Jedenfalls entsprechen die bisherigen Nachrichten über Gewährung von Reparationserleichterungen nicht den Tatsachen, zu einer Verständigung ist der Weg noch weit." — Natürlich hat Stinnes immer gesagt, daß die Reparationen unerfüllbar seien — wer hätte es nicht gesagt? — leider hat er es aber mit der gleichen Stetigkeit abgelehnt, unter Opfern seitens des Besitzes den Beweis für diese Behauptung zu erbringen.

Stinnes ist bisher noch immer ein schlechtes Orakel gewesen, wie denn auch sein Ruf als politischer Säugling in Deutschland bereits unbestritten geworden ist, stellenweise sogar sagenhafte Formen angenommen hat. Begreiflich, daß er jetzt im Ausland nach einem Echo sucht; leider ist aber zu befürchten, daß er mit folgenden Ausführungen bei seinen Gesinnungsfreunden im Ausland Beifall findet:

„Die Bank von England lehnt jede Kreditgewährung ab, solange nicht Deutschland kosolidierte Verhältnisse hat. Diese Konsolidierung kann nur dann erzielt werden, wenn auch in den Staatsbetrieben der kaufmännische Grundsatz der Ausnutzung der Konjunktur Anwendung findet. Ein Musterbeispiel für unkaufmännische Gebarung in den Betrieben bieten die Reichseisenbahnen. Unser Konzern verfügt über eine große Anzahl von Kleinbahnsystemen im Westen Deutschlands. Im vergangenen Sommer, als die Preise niedrig waren, haben sich alle diese Kleinbahnen mit Material auf viele Jahre eingedeckt. Hierdurch wurden Milliarden erspart, die der Betrieb der Reichseisenbahnen nicht erspart hat. Das Sparsamkeitsmoment findet bei den Bahnen eine unkaufmännische Anwendung. Eine Aenderung der Betriebsform würde nur zweckdienlich sein, um diesen Staatsbetrieb von seinem ungeheuren Defizit zu befreien. Wird in den Staatsbetrieben eine kaufmännische Gebarung Platz greifen, dann wird auch die Kreditfähigkeit Deutschlands eine Besserung erfahren. Im gegenwärtigen Momente sind Aussichten auf Erlangung eines Kredits sehr gering."

Herr Stinnes vermeidet geflissentlich zu erwähnen, daß die Sparsamkeit der Reichsbetriebe oft nicht nur durch die bureaukratische Verwaltung, sondern auch durch die unausgesetzten Preissteigerungen der ihm gewiß nicht ganz unbekannten Schwerindustrie unmöglich gemacht worden ist. Die Privatbetriebe deckten sich im Konzern mit Material ein, als die Preise niedrig waren. Die Eisenbahnen aber waren dazu da, daß sie hohe Preise zahlten und billige Tarife dem Handel und der Industrie gewährten — eine Methode, die Stinnes für sich ablehnte. Er braucht ja selbst für die Kohle die Weltmarktpreise — um nachher über Geldentwertung, Reichsdefizit, Notenpresse und Kreditunwürdigkeit des Reiches klagen zu könnne. Das Ganze nennt sich „kaufmännischer Geist".

Er wird nur damit kein Glück haben, solange die deutsche Arbeiterschaft wachsam ist und weiter das Ziel verfolgt, durch Bereitschaft zum Wiederaufbau der Welt die Unsinnigkeit des Friedensdiktats zu beweisen.

Rosa Luxemburg keine Bolschewistin.

Die Veröffentlichung der hinterlassenen Schrift Rosa Luxemburgs hatte die KPD. in einige Verlegenheit versetzt. Schließlich tat die Zentrale, was sie in allen Aengsten zu tun pflegt: Sie versteckte sich hinter einer Erklärung Klara Zetkins. In dieser Erklärung wurde behauptet, die Broschüre Rosa Luxemburgs entspräche nicht der Auffassung, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Oeffentlichkeit vertreten habe. Gegen diese Darstellung protestiert nun Paul Lange, einer der Mitbegründer des Spartakusbundes, in einer Zuschrift an die „Freiheit". Paul Lange schreibt:

Was Klara Zetkin schreibt, ist falsch. Rosa Luxemburg hat sich nie dazu hergegeben, etwas einfach deswegen zu schreiben, weil es von den Bolschewisten gewünscht wurde. Sie ist auch innerlich nie Bolschewistin geworden; sie wünschte nicht, **ein politisch unwissendes Proletariat durch demagogische Mittel zu beherrschen;** sie wollte vielmehr die politische Intelligenz und Tatkraft des Proletariats steigern, damit es Herrscher werde. Das geht aus allen Aufsätzen hervor, die Rosa Luxemburg damals geschrieben hat.

Den ganzen Weltkrieg hindurch haben sich Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring ihre kritische Haltung gegenüber den Leninisten zu wahren gewußt.

Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluß des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches', als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu sehen. Es war auch nicht nur ein Zeichen von politischer Langeweile, sondern ein positives Zumausdruckbringen jener in der Broschüre enthaltenen kritischen Gedanken, daß Rosa Luxemburg in Uebereinstimmung mit der damaligen Zentrale des Spartakusbundes im Dezember 1918 ein politisches Programm des Spartakusbundes herausgab — kurz vor dem Gründungsparteitage der Deutschen Kommunistischen Partei. Das noch heute schwarz auf weiß vorliegende Programm des Spartakusbundes war **ein Vorbehalt, eine Demonstration gegen die bolschewistische Taktik.** Es sollte auch eine politische Festlegung der zu gründenden Kommunistischen Partei sein. Das bleibt selbst dann wahr, wenn auch heute noch einige dieses Programm nicht begreifen, die es damals mit beschlossen haben, oder wenn es einige verleugnen.

Der Versuch Klar Zetkins, die historische Gestalt Rosa Luxemburgs zu einer Anhängerin der bolschewistischen Taktik, zu einer Terroristin zu machen, wird von all denen zurückgewiesen werden, mit denen sich diese gerade in den Januartagen 1919 über solche Fragen ausgesprochen hat.

Es bleibt schon dabei, daß die geistige Verantwortung für Putschtaktik und Terror-Anbeterei allein auf den Leuten vom geistigen Niveau der Eberlein-Zentrale lastet.

Deutsche Kulturpropaganda.

Der „Welt am Montag" schickte ein in Brasilien wohnhafter deutscher Republikaner voll Empörung die „Deutsche Rio-Zeitung" vom 4. Oktober zu. Folgende geschmackvolle Betrachtung über die französische Hilfe bei dem Oppauer Unglück steht darin zu lesen:

Der „Vorwärts" und andere sozialistische Zeitungen haben versucht, die Hilfeleistung der Franzosen in recht vorteilhaftem Lichte erscheinen zu lassen, aber sie haben glücklicherweise in dem großen wirklich deutschen Blätterwalde kein Echo gefunden; denn selbst bei einem so entsetzlichen Unglück bietet der Franzose einen widerwärtigen Anblick und seine Hilfe ist sicher auch von den schwerbetroffenen Bewohnern von Oppau nicht als eine Wohltat, sondern eher als eine Erniedrigung und Demütigung empfunden worden. Außerdem wissen die Leute ja, daß der Franzose seine Auslagen und seine Arbeit genau verbuchen und unter irgend einem Titel in Rechnung stellen wird. Zu Dankbarkeit ist also kein Anlaß vorhanden und die deutschen Zeitungen haben sehr recht daran getan, über die sogenannte französische Barmherzigkeit zu schweigen.

Blätter mit solch schmutzig-niedriger Gesinnung werden uns von der Rechtspresse täglich als Eideshelfer für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge vorgeführt. Schöne Eideshelfer; sie sind ihrer deutschen Freunde wahrhaftig würdig.

Die Reform des Geschichtsunterrichts.

Von Dr. Wilhelm Bolze.

SAK. Auf die außerordentlich große Bedeutung der Jugenderziehung für das politische und gesellschaftliche Leben im neuen deutschen Volksstaat ist schon oft hingewiesen worden. Nach dem alten Erfahrungsgrundsatz „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft" ist heute schon unter den verschiedenen — besonders den rechtsstehenden — politischen Parteien ein förmlicher Wettbewerb um die Gewinnung der Jugend für ihre Ideen und Bestrebungen entstanden, der vom pädagogischen Standpunkt kaum gebilligt werden kann. Die Sozialdemokratie hat auch schon unter dem wilhelminischen Regierungssystem die Bedeutung und die Grenzen der Jugendorganisation richtig erkannt und sich in ihrer Bildungsarbeit als hervorragender, auch von gegnerischer Seite anerkannter Kulturfaktor erwiesen. In ihrem Parteiprogramm nehmen die Kulturforderungen, besonders so weit sie sich auf die Schule beziehen, einen wichtigen Platz ein, und es ist eins der größten Verdienste der Sozialdemokratie, daß sie sich nach Erringung ihrer politischen Vormachtstellung durch die Novemberrevolution der Reform des Bildungswesens mit besonderem Eifer angenommen hat.

Die heutigentags vielfach so scharfen und abstoßenden Formen des politischen Kampfes in Deutschland haben ihre Ursache in dem großen Mangel an politischer Reife in weiten Kreisen des Bürgertums, nicht zum wenigsten gerade der intellektuellen Schichten. Dieser Mangel an politischer Reife findet seine Erklärung in den Erziehungsmethoden des wilhelminischen Zeitalters. Der alte Obrigkeitsstaat brauchte getreue Untertanen, die alle Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen als wohlverständig und der Kritik unerreichbar anerkennen mußten, und er hat es meisterhaft verstanden, seinem „Volke" schon durch die Schule die ihm erwünschte staatsbürgerliche Gesinnung einzuimpfen. Eine gründliche Reform des Schulwesens gehört deshalb heute zu den brennendsten Tagesfragen, und es liegt ganz in der Richtung des Kulturideals der sozialistischen Parteien, sich dieser Reform mit allem Eifer zu widmen.

Deshalb verdienen auch die Bestrebungen der **„entschiedenen Schulreformer"** unsere lebhafteste Förderung. Wie alles Neue und Fortschrittliche begegnet heute auch die Arbeit der „entschiedenen Schulreformer" bei den sogenannten gebildeten Ständen noch oft einer heftigen Ablehnung, die sich gar nicht einmal bemüht, in das Verständnis der neuzeitlichen Erziehungsprobleme einzudringen, vielmehr in eitler Selbstüberhebung jede moderne Schulreform als dilettantische Spielerei zu verdächtigen geneigt ist. Dabei sind gerade die „entschiedenen Schulreformer" durchweg von hohem sittlichen Ernst getragene, verantwortungsbewußte, wissenschaftlich und pädagogisch gereifte Fachmänner. Gewiß wird es noch einer langen, kampf- und opferreichen Entwicklung bedürfen, bis alle Ideale dieser Männer der Verwirklichung entgegenreifen werden. Immerhin sind auch heute schon in allen Zweigen unseres Unterrichts- und Erziehungswesens Reformen möglich und notwendig, die den geistigen und sittlichen Anforderungen des neuen Menschheitsalters entsprechen.

Zu den wichtigsten Lehrfächern, bei denen eine solche Reform einzusetzen hat, gehört der Geschichtsunterricht, der gleichzeitig die Grundlage für eine Anzahl anderer bedeutungsvoller Unterrrichtsgebiete, wie der Staatsbürgerkunde und des Weltanschauungsunterrichts, bildet. In der Schule des alten Obrigkeitsstaates war ihm nur eine verhältnismäßig untergeordnete Stellung eingeräumt. Die Erziehung zur Autoritätsgläubigkeit und zum engherzigen Nationalstolz war sein wesentlichstes Ziel. Diesem Ziele waren damals auch die Methoden des Geschichtsunterrichts angepaßt. Sein Inhalt waren nicht die fortdauernden Entwicklungen des Völkerlebens und ihre ursächlichen völkerfreundlichen, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Zusammenhänge, sondern vorwiegend einzelne biographische Schilderungen von mehr oder minder bedeutenden Persönlichkeiten, Darstellungen von Kriegszügen und Schlachten, mechanisches Auswendiglernen von Daten und Zahlen und natürlich vor allen Dingen eine gewissenhafte, mit allerlei läppischen Anekdoten- und Legendenkram belastete Einprägung der Lebensläufe der Landesfürsten. Wehe dem Schüler, der nicht genau das Geburtsjahr Ciceros oder die Regierungsdauer Lothars von Supplingenburg oder den Tag der Taufe eines Hohenzollernprinzen und den Namen des Hofpredigers, der den Taufakt vollzog, hätte nennen können! Von der Entwicklung des mittelalterlichen Handwerks zum neuzeitlichen Industriebetriebe oder von den geschichtlichen Bedingungen und Wirkungen des Eintritts Rußlands in die europäische Politik oder von der tieferen Begründung von Napoleons Streben, England von den kontinentaleuropäischen Problemen fernzuhalten. oder von den historischen Grundlagen der Entstehung und Ausbreitung des Sozialismus brauchte der Schüler so gut wie nichts zu erfahren. Mit den Namen Kant und Hegel wurden keine bestimmten Begriffe verbunden, der Name Marx vollends wurde kaum genannt, aber byzantinische, kirchenfromme und nationalistische Schriftsteller fanden eine um so eingehendere Würdigung. Die politisch-pädagogische Tendenz des Geschichtsunterrichts richtete sich ausdrücklich auf die Verewigung und Verschärfung der Klassengegensätze und auf die sorgfältige Pflege eines militaristischen Geistes. Schulfeiern aus Anlaß eines Schlachtengedenktages oder des Geburtstages eines Monarchen und die dabei gehaltenen Festreden mußten diese Tendenz noch verstärken.

Aus diesen Darlegungen erhellt schon ohne weiteres der Umfang des Stoffgebietes und die Art der Darstellung im modernen Geschichtsunterricht. An die Stelle eines mechanischen Unterrichtsbetriebes muß die Erweckung des Verständnisses für weltgeschichtliche Entwicklungen und Zusammenhänge und für geschichtliche Notwendigkeiten treten. Einzelne Veröffentlichungen aus den Kreisen moderner Historiker und Schulreformer geben uns bereits Richtlinien für die Aufgaben und Ziele einer Reform des Geschichtsunterrichts. Als eine klare und verständnisreiche Einführung in diese Aufgaben sei an dieser Stelle die kleine Schrift **„Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts"** von Siegfried Kawerau (Verlag Neues Vaterland E. Berger u. Co., Berlin) hervorgehoben. Von großen, umfassenden Werken kann die siebzehnbändige **„Deutsche Geschichte"** von Karl Lamprecht in diesem Sinne als vorbildlich bezeichnet werden.

Große geschichtliche Entwickelungen und Ereignisse werden nicht durch einzelne Personen bestimmt, sondern durch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tendenzen, die sich innerhalb ganzer Zeitalter in der großen Völkergemeinschaft auswirken. Es geht wirklich nicht an, die Reformation lediglich auf den Protest Luthers gegen den Ablaßschwindel zurückzuführen oder das Eingreifen der Franzosen im siebenjährigen Kriege durch eine Intrigue der Marquise von Pompadour zu erklären. Der moderne Geschichtsunterricht geht den allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Zuständen nach, aus denen beispielsweise die Religionskriege und Bauernaufstände erwuchsen, er schildert die geistigen und religiösen Strömungen eines Zeitalters, seine gesellschaftliche Struktur, die Verfassungskämpfe der Staaten usw. Er erstreckt seine Darstellung über die engere Heimatgeschichte hinaus auf die gesamte Kulturwelt, verfolgt die weltpolitischen Verknüpfungen und die Herrschaft der kapitalistischen und imperialistischen Tendenzen, die zu den großen Völkerkonflikten und zuletzt mit zwingender Notwendigkeit zum Weltkriege geführt haben; kurz, er legt seiner Darstellung die **materialistische Geschichtsauffassung** zugrunde.

Gerade der Weltkrieg und die auf ihn folgende Politik der Gewaltfriedensverträge und Reparationen, das heutige weltpolitische und weltwirtschaftliche Durcheinander, der Kampf um die Kriegsschuldfrage, die innerpolitisch Vergiftung des Staatslebens, die monarchistische Agitation und die verschiedenartige Beurteilung der Novemberrevolution lassen mit furchtbarer Eindringlichkeit den Mangel an politischem und geschichtlichem Verständnis in unserem Volke erkennen und machen deshalb ein nüchternes, kritisches geschichtliches Denken bei unserer bereits stark irregeleiteten und verhetzten heranwachsenden Generation zu einer Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Die Reform des Geschichtsunterrichts ist deshalb ein unaufschiebbares, weit über die Kreise der Fachwissenschaft hinausragendes Problem, das für die eingeleitete gesellschaftliche Umwälzung und die von uns angestrebte Reformation der Gesinnung von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Wir Sozialdemokraten bewähren uns mit unserer Forderung nach einem modernisierten Geschichtsunterricht aufs neue als fortschrittlichste und idealistischste Kulturpartei.

Volkswirtschaft.

Ernährungskosten in Wien und Berlin.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Das österreichische Bundesamt für Statistik veröffentlicht seit Januar 1921 allmonatlich den „notwendigen Ernährungsaufwand" in Wien, und zwar für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 13 und 6 Jahren. Da die Ergebnisse mit meinen eigenen Berechnungen des Existenzminimums in Groß-Berlin (für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren) annähernd vergleichbar sind, stelle ich hier die beiden Zahlenreihen zusammen, indem ich noch die entsprechenden Vorkriegszahlen (Wien: Juli 1914, Groß-Berlin: August 1913/Juli 1914) beifüge:

Monat	Wöchentliches Ernährungsminimum Wien Kronen	Berlin Mark	Wien 1913/14 = 1	Berlin
Juli 1914	13,57	9,80	1	1
Januar 1921	993	139	73	14,2
Februar „	1130	133	83	13,6
März „	1218	129	90	13,2
April „	1169	121	86	12,3
Mai „	1243	122	92	12,4
Juni „	1548	142	114	14,5
Juli „	1467	151	108	15,4
August „	1720	156	127	15,9
September „	2309	162	170	16,5
Oktober „	3442	176	254	18,0
November „	5860	222	432	22,7

Das Ernährungsminimum kostete also im November 1921 in Wien 432mal soviel, in Berlin 23mal soviel wie vor dem Kriege. Von Januar bis November war in Wien eine Verteuerung auf das 5,9fache, in Berlin auf das 1,6fache eingetreten.

Zum Vergleich sei noch die Steigerung der vertraglichen Mindestwochenlöhne, wie sie das Bundesamt für Statistik bis zur zweiten Hälfte des Monats Oktober 1921 ermittelt hat, wiedergegeben:

Berufsart	Vertragsmäßiger Mindestwochenlohn 1. 1. 1914 Kronen	2. Hälfte Oktober 1921 Kronen	(1914 = 1)
Metallarbeiter, Professionisten	28	4524	162
Metallarbeiter, Hilfsarbeiter	21	4085	195
Metallarbeiter, Frauen	14	2318	166
Tischler, vollwertige Gehilfen	30	6528	218
Tischler, qualifizierte Hilfsarbeiter	28	3840	167
Tischler, Hilfsarbeiterinnen	16	3024	189
Herrenschneider (1. Klasse)	40	8903	223
Damenschneider (1. Klasse)	46	9108	198
Schneiderinnen (1. Klasse)	26	7297	281
Herrenfriseure	20	3500	175
Herrenfriseure, Haararbeiter Damenfriseure	30	4800	160
Kleinbäcker (1. Klasse)	38	6493	171
Maurer	34	7200	212
Fassader	45	7584	169
Gerüster	26	6778	261
Bauhilfsarbeiter	21	6384	304
Bauarbeiterinnen	15	4752	317

Die Tariflöhne waren also in Wien in der zweiten Hälfte des Oktobers 1921 im allgemeinen etwa 200mal so hoch wie vor dem Kriege, während der notwendige Ernährungsaufwand im Oktober 254mal, im November 432mal so hoch war. In Groß-Berlin lagen die Verhältnisse mindestens ebenso ungünstig. Hier war der durchschnittliche Wochenlohn in der zweiten Oktoberhälfte etwa 10mal so hoch wie vor dem Kriege, während das Ernährungsminimum im Oktober 18mal, im November 23mal so viel kostete wie vor acht Jahren.

Viehmärkte.

Hamburg, 28. Dezember.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:

Kälbermarkt.

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Doppellender	1800—2000 Mk.
1. Qualität Kälber	1400—1500 „
2. Qualität	1100—1300 „
3. Qualität	800—1000 „
nüchterne Kälber	800— 900 „

Zufuhr: 1080 Kälber. Der Handel verlief lebhaft. Durch die Landw.-Kammer wurden 78 Kälber verkauft.

Schweinemarkt.

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund	1600—1700 Mk.
mittelschwere Ware, 200—260 Pfund	1500—1600 „
gute, leichte Ware unter 200 Pfund	1400—1500 „
geringere Ware	1200—1400 „
beste Sauen	1450—1550 „
geringere Sauen	1200—1400 „

Marktzufuhr: 4000 Stück. Der Handel verlief ruhig. Durch die Landw.-Kammer wurden 235 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 29. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		28. Dez.	23. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6668.30	6943.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1406.05	1436.05
Kristiania	100 Kr.	2944.55	2947.05
Kopenhagen	100 Kr.	3656.30	3786.20
Stockholm	100 Kr.	4535.45	4682.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	357.60	366.60
Rom	100 Lire	809.15	841.65
London	1 £	769.20	787.20
New York	1 Doll.	182.81	189.06
Paris	100 Frs.	1478.50	1496.—
Zürich	100 Frs.	3586.40	3726.25
Madrid	100 Peseta	2717.25	2807.15
Wien	100 K.	7.43	7.18
Budapest	100 K.	29.27	29.57
Prag	100 K.	256.70	260.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 28. Dezember.						
D.		Margot	Kummann	Wickstat	Oxelösund	9

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Wichtig!

Erweiterung der Ermäßigungen für den Steuerabzug!

Der Reichstag hat am 17. d. M. unter Zustimmung des Reichsrats die Ermäßigungen für den Steuerabzug mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab für den Steuerpflichtigen, die Ehefrau und die zu der Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder sowie die mittellosen Angehörigen (§§ 46 und 47 E. St. G.) **verdoppelt** und die Ermäßigung für die Abzüge (Werbungskosten) **verdreifacht**.

Es ist daher die auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkte Jahresgesamtermäßigung

1. von Mk. 120.— für den Arbeitnehmer selbst zu verdoppeln auf — Mk. 240.—
2. von Mk. 120.— für die zur Haushaltung zählende Ehefrau zu verdoppeln auf . . . . . . — „ 240.—
3. von Mk. 180.— für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenen Arbeitslohn bezw. jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitslohn zu verdoppeln auf je — „ 360.—

Das Gleiche gilt für mittellose Angehörige, deren Berücksichtigung vom Finanzamt zugelassen worden ist.

4. Der für den Arbeitnehmer zugelassene Pauschsatz von Mk. 180.— zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge für Werbungskosten und Beiträge ist zu verdreifachen auf . . . . . — Mk. 540.—

Bezüglich der Abrundung des hiernach einzubehaltenden Betrages (§ 46, Abs. 7 E. St. G.) werden noch besondere gesetzliche Bestimmungen folgen. Bis zu deren Erlaß ist in folgender Weise zu verfahren:

Der nach Vornahme der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalendermonate oder -Wochen auf volle Mark nach unten, im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage auf volle 50 Pfennige nach unten, im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume auf volle 10 Pfennige nach unten abzurunden.

Soweit vom Finanzamt Erhöhungen des Pauschsatzes von Mk. 180.— jährlich zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge zugelassen worden sind und in ihrer Gesamthöhe nicht über Mk. 540.— (entsprechend einem jährlichen Kostenaufwand von Mk. 5400.—) hinausgehen, haben sie durch die Verdreifachung des Pauschalsatzes von Mk. 180.— auf Mk. 540.— ihre Erledigung gefunden.

Ist z. B. bei einem Arbeitnehmer eine Erhöhung von Mk. 180.— auf Mk. 240.— zugelassen und auf dem Steuerbuche vermerkt worden, so hat der Arbeitnehmer jetzt Anspruch auf Berücksichtigung des Pauschsatzes von Mk. 540.— und nicht etwa auf Berücksichtigung eines Pauschsatzes von Mk. 540.— und Mk. 60.— (Differenz zwischen Mk. 180.— und Mk. 240.—) = Mark 600.—.

Lübeck, den 27. Dezember 1921. (11170

Das Finanzamt.

Jeder merke sich

die Aufmachung dieser Dose.
Das echte **Lavalin** wird nur in diesen Dosen verkauft.
Ueberall zu haben
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter: Emil Scheel, Lübeck,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (11147

Adolf Borgfeldt
Inh. Herm. Kuhli. Gegründet 1880.
Mühlenstraße 36/40, 44, 48, 71.
Fernsprecher 672 und 678.
Das fachmännische Spezialgeschäft Lübecks für
Oefen u. Herde
Abteilung II (11155
Gaskocher
Gasherde
empfiehlt die bewährten Senking-
Gaskocher und Gasherde
mit Sparbrennern zu noch ganz besonders günstigen Preisen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck

Gemeinschaftliche
Versammlung
der
Bauschlosser, Bauklempner, Elektriker und Schmiede
am Freitag, dem 30. Dezbr.
abends 7¼ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Unsere Lohnbewegung.
Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. (11166
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Lübeck.
(11178

Versammlung
sämtlicher in der
Schleppschiffahrt Beschäftigten
am Freitag, dem 30. Dezbr.
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Manteltarif.
Die Ortsverwaltung.

Möbel 11160
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Wir sind billig!

1 Post. starke Arbeitsstiefel	188⁰⁰
1 Post. schwze. Herrenstief.	200⁰⁰
1 Post. starke Schaftstiefel	298⁰⁰

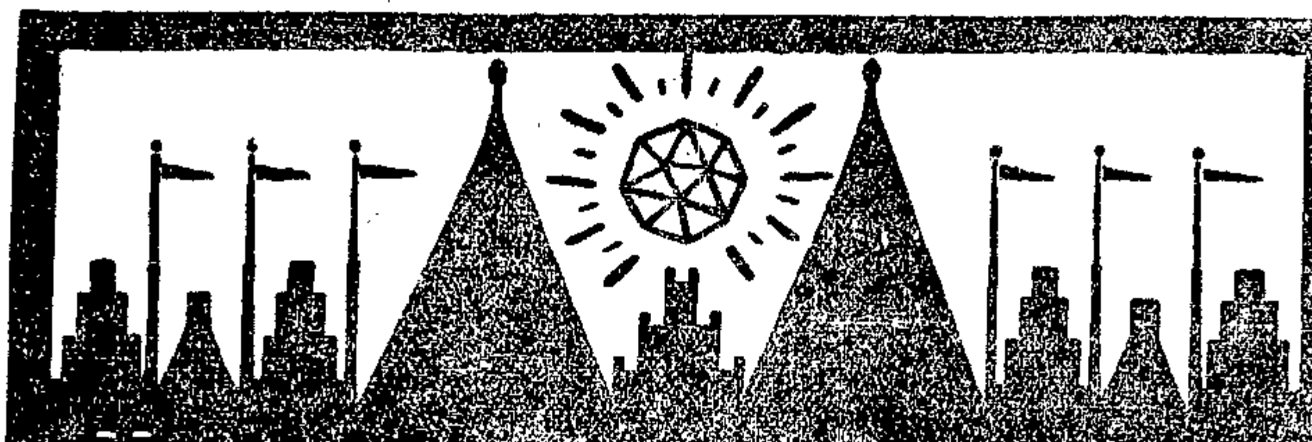
Starke Kinderstiefel. Pantoffeln.

Mod. Damenkostüme 650.— 450.—	240⁰⁰
Blusen 39⁷⁵ Röcke .	35⁰⁰
Gestr. Sportjacken. die große Mode 360.—	195⁰⁰
Starke Arbeitshosen . .	108⁰⁰
Warme Lodenjoppen . .	185⁰⁰
Feldgraue Hosen	178⁰⁰

Herren-, Burschen-, Knabenanzüge Unterzeuge, Hüte, Wäsche usw.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4
Das bekannt reelle und billige Einkaufshaus. 11180

Friseur-Innung.
Die **Herrenfriseurgeschäfte** sind am **1. Januar, Neujahrstag, geschlossen,** dagegen **Silvester bis 8 Uhr geöffnet.**
11184) Der Vorstand.



LÜBECKER EDEL-METALLHAUS
M. REDNER & Co.
FERNRUF 3422 **BECKERGRUBE 18** FERNRUF 3422
Erste Absatzstelle am Platze (5227

Gold bruch	fein, pr. Gr. Mk.	**110.–**
Gold „	750, pr. Gr. Mk.	**80.–**
Gold „	585, pr. Gr. Mk.	**62.–**
Gold „	333, pr. Gr. Mk.	**34.–**
Gebisse	bis zu Mk.	**10 000.–**
Silber bruch	fein, p. Gr. Mk.	**2.60**
Silber „	800 gest., p. Gr. Mk.	**1.90**
Silber	ungest. pr. Gr. Mk.	**1.80**
Platin	rein pr. Gr. Mk.	**330.–**
Gebisse	pro Zahn bis zu Mk.	**100.–**

sowie Brillanten, Uhren, Doublee und Schmucksachen aller Art.
(11187

Für Silvester
Scherzartikel und Tafelbelustigungen
in großer Auswahl.
Tel. 1119. **Otto Rehwoldt.** Alfstr. 7.
Inh. **Fritz Nottbohm.**
Größtes Spezialhaus für Vereine u. Hausgesellschaften.
(11190

Soz. Verein Lübeck.
Sonnabend, den 31. Dezember (11153
Silvester-Feier
im Gewerkschaftshaus.
Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende?

Adlershorst
Sonnabend, 31. Dezember:
Gr. Silvesterball
Sonntag, 1. Januar:
Gr. Neujahrsball
Humoristische Vorträge von
Direktor Ernst Albert. (11109

Restaurant Weisser Engel
Sonnabend, den 31. Dezember:
Großer Silvesterball.
Am Neujahrstage: (11167
Großer Ball.

Regen-Oelmäntel
mit Kapuze
für (11175
Mk. 90.-
zu verkaufen
so lange Vorrat reicht.
Puls & Probst
Dorotheenstr. 28.
Fernruf 8897.

Preis-Skat
Sonntag, d. 1. Januar, nachmittags 4 Uhr.
„Pollerkrug".
11182)

Allgemeine
Ortskrankenkasse
in Lübeck.
(11184

Außerordentliche Ausschußsitzung der Vertreter
Mittwoch, d. 4. Januar 1922
abends 7 Uhr **pünktlich,**
in der Schiffergesellschaft,
Eingang Engelsgrube.
Tagesordnung:
1. **Aenderung der Kassensatzung.** (Erhöhung des Grundlohns und der Kassenbeiträge. Aenderung der Kassenleistungen.)
2. Sonstiges.

Bei Behinderung des Ausschußmitgliedes wird der Vertreter zugezogen, wenn dies spätestens 8 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.

Die **Ersatzmänner** der Ausschußvertreter können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen.

Lübeck, den 28. Dez. 1921.

Der Vorsitzende des Vorstandes.
Joh. Körner.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
sämtlicher
Hafenarbeiter
am Freitag, dem 30. Dezbr.
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlung mit dem Hafenarbeitgeber-Verband über die neuen Lohnforderungen.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Versammlung
der (11172
Kohlenplatzarbeiter
am Freitag, dem 30. Dezbr.
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Vereine
Seeretz und Dänischburg.

Gemeinsame
Silvesterfeier
bestehend in
BALL
Vortrag des Gen. Frost und Gesangsvorträgen d. Männergesangvereins Seeretz-Dänischburg
am Sonnabend, dem 31. Dez.
im Lokale des Gen. Lafrenz
Gastwirtschaft zur Börse.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7 Uhr. (11174
Hierzu laden freundl. ein
Die Vorstände und **A. Lafrenz.**

Moislinger Baum.
Sonnabd., 31. Dez.,
Anfang 7½ Uhr,
Großer Silvesterball
mit Ueberraschung.
unter Leitung und Mitwirkung der beliebten Künstler
Frl. **Hilde Möbius, Reinhold Wolf** und **Henry Vahl** vom Hansatheater. (11154
Stimmung! Humor! Lach. über Lachen!
Moderne Tänze.
Künstlerkapelle.
Kapellmeister **Bux.**
Telephon 9075. Rudolph Ilde.
Tischheit. erb. rechtz.

Hansatheater.

Heute, (11159
Donnerstag 7½ Uhr:
Ein Walzertraum.
Freitag 7½ Uhr:
Das Milliardensouper.
Sonnabend 7 Uhr:
Das Fräulein vom Amt.
Sonntag, den 1. Januar
nachmittags 3 Uhr
zu **ganz** kleinen Preisen
(Mk. 1 bis 6)
Frau Holle.
Abends 7½ Uhr:
Das Fräulein vom Amt.

Nachdem bereits zweimal die Tagespreise erhöht worden sind, auch die Stadt erst kürzlich eine größere Summe bewilligt hat, um die Weiterführung des Theaterbetriebes zu sichern, kann die Direktion nicht davon absehen, auch die in den Abonnementsbedingungen vorgesehene Erhöhung von **nur 10 Prozent** zu fordern. Diese geringe Erhöhung wird jeder Abonnent sicher gerne tragen. Die Zahlung der 2. Beitragsraten und der Differenz zwischen bereits geleisteter Zahlung für die ganze Spielzeit und der Erhöhung ist **unter Vorlegung der Abonnementskarten, die bis zum Schluß der Spielzeit Gültigkeit haben,** von sämtlichen Abonnenten zu leisten.

Vorläufige Zahltage am Donnerstag, dem 29. Dez. und am Freitag, dem 30. Dez., nachmittags von 3 bis 5½ Uhr bei der Theaterkasse, Eingang Beckergrube.

Weitere Hebungstage werden bekannt gegeben.
11168) **Die Direktion.**

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 29. Dezbr.:
7.30 U. **Tannhäuser.**
19. Ab.-Vorst. Bchst. C
Freitag, 30. Dez., 3 U.
Max und Moritz.
7.30 Uhr. **Bunbury.**
19. Ab.-Vorst. Bchst. C
Sonnabend, 31. Dezbr.
3 U. **Max u. Moritz.**
7 U. **Die Fledermaus.**
Einmaliges Gastspiel von **Mitz von Canova** vom Gärtnerplatztheater, München, als Rosalinde. (11165
Sonntag, 1. Jan., 3 Uhr:
Die blaue Mazur.
Gastspiel von **Mitz von Canova** als Blanka.
7.30 Uhr: **Tiefland.**

Beilage zu Nr. 304
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 29. Dezember.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

An alle Ortsvereine!

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 28. November d. J. eingehend mit der finanziellen Lage der Partei, die infolge der Geldentwertung eingetreten ist.

Einmütig kam der Vorstand zu der Auffassung, daß, wenn die Arbeit der Partei in der bisher betriebenen Weise fortgeführt werden soll, eine Beitragserhöhung unumgänglich notwendig sei. Die Beschlußfassung über die Erhöhung der Beiträge sollte den Ortsvereinen überlassen bleiben.

Der Vorstand unterbreitete den Ortsvereinen nun folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 80 Pfg. ab 1. Januar 1922, der Beitrag für weibliche Mitglieder 30 Pfennige pro Woche."

Das Resultat der Abstimmung, welches bis zum 20. Dezember in unseren Händen sein sollte, ergab die Annahme des Antrages des Bezirksvorstandes mit großer Mehrheit. Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt also ab 1. Januar 1922: 80 Pfg. Weiter ist angeregt worden, daß diejenigen Mitglieder, deren Einkommensverhältnisse es gestatten, neben dem regelmäßigen Beitrag noch einen Extrabeitrag bezahlen sollen.

Die neuen Beitragsmarken a 80 Pfennige sowohl wie die Marken für die Extrabeiträge, die am 1. Januar zu verwenden sind, gehen den Ortsvereinen in den nächsten Tagen zu. Wir bitten nun die Vorstände der Ortsvereine, dieselben sofort in Umlauf zu setzen, und für eine pünktliche und regelmäßige Kassierung zu sorgen.

Für keinen Parteigenossen aber darf die Beitragserhöhung ein Grund sein, der Partei den Rücken zu kehren. In allen Orten unseres Bezirkes muß im Gegenteil sofort eine großzügige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einsetzen.

Die letzten Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeindeversammlungen in Mecklenburg haben einen Kurs nach rechts gezeitigt. Diese Tatsache allein mag genügen, um den Parteigenossen zu zeigen; welche gewaltigen Aufgaben wir noch zu erledigen haben.

Die Agitation, die sofort einsetzen muß, darf sich nicht nur auf den Sitz des Ortsvereins beschränken, sondern sie muß in allen Orten des Verbreitungsgebietes vorgenommen werden.

Flugblätter und sonstige Agitationsmaterialien werden seitens des Bezirksvorstandes zur Verfügung gestellt.

Mit Parteigruß

Der Bezirksvorstand.
Wilh. Kröger.

Aus dem Jahresbericht des Wohlfahrtsamtes.

Auskunftsstelle für Wohlfahrtspflege. Die Abteilung Auskunftsstelle hatte sich im vergangenen Jahr wiederholt mit der Not der Rentenempfänegr und der Kleinrentner zu beschäftigen. Auf Antrag der Lübecker Wohlfahrtsspende wurden für alte Leute mit einem Einkommen von weniger als 600 Mark durch Rat- und Bürgerschluß vom 19. Juni 1920 400 000 Mark bewilligt. Es wurden aus diesen Mitteln an 1839 Personen Gutscheine zur Verbilligung von Brot, Brennmaterial, Kartoffeln und Kleidungsstücken im Werte von 375 000 Mark ausgegeben. Die Bereitstellung von Mitteln für Gewährung von Gaspreisermäßigungen an Minderbemittelte erfolgte zu Beginn des Jahres 1921. Alle diese Maßnahmen konnten aber nur die größte Not lindern, aber keine durchgreifende Hilfe bringen. Es wird daher eine der wichtigsten Aufgaben des Wohlfahrtsamtes sein, die Frage, wie diesen in bitterster Not lebenden Bevölkerungskreisen zu helfen ist, weiter zu prüfen. — Die Auskunftstätigkeit der Abteilung wurde von immer weiteren Kreisen in Anspruch genommen. Auf Befürwortung der Auskunftsstelle wurden im Jahre 1920 von an das Wohlfahrtsamt gestellten Anträgen auf Beihilfen gewährt: An die Tuberkulosefürsorgestelle des Vaterländischen Frauenvereins, den Verein für jugendliche Krüppel, den Verein für Kinderhorte, den Ausschuß für den Kindergarten in Travemünde, die Krankenpflegestation in Travemünde, die Kampfgruppe Lübecker Jugendverbände zur Einrichtung einer Jugendlesestube, an das Erziehungsheim Krempelsdorf zur Beschaffung von Material für den Werkunterricht, an das Arbeiterinnenheim des Vereins Wohlfahrt der weiblichen Jugend. — Die Vortragsveranstaltungen für Ehrenbeamte der Wohlfahrtspflege wurden in gewohnter Weise fortgeführt.

Aus einer Stiftung des Lübecker Hochofenwerks, die dem Direktor des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes zur Verfügung gestellt wurde, wurde der Abteilung Auskunftsstelle die Möglichkeit gegeben, in Einzelfällen, in denen andere Hilfsquellen nicht zu erschließen waren, einmalige Unterstützungen zu gewähren.

Die Hauspflege wurde insbesondere an kinderreiche Familien, in denen die Mutter erkrankt war, und an alleinstehende alte Leute, die sich nicht mehr selbst helfen konnten, gewährt. Insgesamt wurden in 22 Familien an 1931 Tagen Hauspflege gestellt. Hierbei sind nicht mitgezählt die zahlreichen Fälle, in denen Hauspflege für Rechnung einer anderen Fürsorgeabteilung vermittelt und durchgeführt wurde. Durch die Abgabe der vom Landesversorgungsamt gelieferten Stärkungsmittel konnte manchem Kranken geholfen werden. — Die Auskunftsstelle führte auch die Geschäfte des Wohlfahrtsausschusses zur Verteilung von Auslandsliebesgaben.

Die Ausdehnung der Fürsorgetätigkeit im vergangenen Jahr hat erneut die Notwendigkeit einer besonders eingehenden Fürsorge für kinderreiche Familien bestätigt. Unter der gegenwärtigen Teuerung sowohl für Lebensmittel wie für Kleidung und anderen Lebensbedarf (Miete, Schulgeld usw.) leiden kinderreiche Familien besonders stark. In manchen Fällen der Not kann durch Gewährung von einmaligen oder auf kurze Zeit verteilten laufenden Unterstützungen dauernder Not und dauerndem Elend vorgebeugt werden. Besonders häufig war das Eingreifen der Fürsorge für kinderreiche Familien wegen Krankheit erforderlich. Es ist leicht begreiflich, daß die Folgen der Unterernährung sich in kinderreichen Familien besonders stark bemerkbar machen. Auch für tuberkulose Erkrankungen bieten kinderreiche Familien besonders starke Entwicklungsmöglichkeiten. In 317 Fällen wurde Unterstützung bewilligt. Der Fürsorge standen im vergangenen Jahre für Unterstützungszwecke zur Verfügung: 20 000 Mk. Staatsmittel und etwa 10 000 Mk. von privater Seite zur Verfügung gestellte Mittel, darunter besonders eine größere Spende der gemeinnützigen Brockensammlung.

Die neuen Postgebühren.

Ausschneiden! **Aufbewahren!**

Mit dem 1. Januar 1922 tritt der neue Posttarif in Kraft. Wir haben die wesentlichsten Bestimmungen bereits mitgeteilt. Um unsere Leser vor Strafporto zu schützen, geben wir den neuen Tarif noch einmal bekannt. Gleichzeitig sei bemerkt, daß wir **ungenügend frankierte Zusendungen nicht annehmen.** Das Porto beträgt jetzt für:

Postkarten im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,25 Mark.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 1,25 Mk., über 20 bis 250 Gr. 2 Mark.

Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 2 Mark, über 20 bis 100 Gr. 3 Mark, über 100 bis 250 Gr. 4 Mark.

Drucksachenkarten 40 Pfg.

Drucksachen bis 50 Gr. 50 Pfg., über 50 bis 100 Gr. 1 Mark, über 100 bis 250 Gr. 2 Mark, über 250 bis 500 Gr. 3 Mark, über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 4 Mark.

Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 40 Pfg. (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)

Geschäftspapiere bis 250 Gr. 2 Mark, über 250 bis 500 Gr. 3 Mark, über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 4 Mark.

Warenproben bis 250 Gr. 2 Mark, über 250 bis 500 Gr. 3 Mark.

Päckchen bis 1 Kilogr. 4 Mark.

Pakete bis 5 Kilogr. in der Nahzone 6 Mark, in der Fernzone 9 Mark; über 5 bis 10 Kilogr.: Nahzone 12 Mark, Fernzone 18 Mark; über 10 bis 15 Kilogr.: Nahzone 20 Mark, Fernzone 30 Mark; über 15 bis 20 Kilogr.: Nahzone 30 Mark, Fernzone 40 Mark. (Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 Kilogramm in der Nahzone kosten 3 Mark.)

Wertsendungen. Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, welche beträgt: a) bei Wertbriefen für je 1000 Mark der Wertangabe 1,50 Mark, b) bei Wertpaketen für je 1000 Mark der Wertangabe 2 Mark, mindestens bei einer Sendung 3 Mark.

Postanweisungen bis 100 Mark 2 Mark, über 100 bis 250 Mark 3 Mark, über 250 bis 500 Mark 4 Mark, über 500 bis 1000 Mark 5 Mark, über 1000 bis 1500 Mark 6 Mark, über 1500 bis 2000 Mark 7 Mark.

Die Einschreibgebühr ist auf 2 Mark festgesetzt.

Für die Eilbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 Mark, nach dem Landbestellbezirk 9 Mark; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6 Mark, nach dem Landbestellbezirk 12 Mark.

Zahlkarten bis 100 Mark einschl. 75 Pfg., über 100 bis 500 Mark einschl. 1,50 Mark, über 500 bis 1000 Mark einschl. 3 Mark, über 1000 bis 2000 Mark einschl. 4 Mark, über 2000 bis 5000 Mark einschl. 5 Mark, über 5000 Mark 6 Mark.

Für Auszahlungen mit Scheck eine feste Gebühr von 75 Pfg. und eine Steigerungsgebühr von ½ vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages. Für Kassenschecke, die bargeldlos beglichen werden, wird die feste Gebühr von 75 Pfg. nicht erhoben.

Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1 Mark, mindestens 10 Mark.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Oesterreich und Westpolen; jedoch sind Päckchen nur nach Westpolen zugelassen.

Nach Ungarn gelten die Inlandsgebühren für Briefsendungen nicht mehr; jedoch bleiben für Ungarn niedrigere als die Weltpostvereinsgebühren für Briefe bis 20 Gr. und für Postkarten bestehen. Gleiche Ermäßigungen für Briefe bis 20 Gr. und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschechoslowakei eingeführt.

Die Weltpostvereins-Gebühren betragen vom 1. Januar 1922 ab für:

Postkarten 2,40 Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 1,80 Mark;

Briefe bis 20 Gr. 4 Mark, jede weiteren 20 Gr. 2 Mark (Meistgewicht 2 Kilogr.), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 3 Mark, jede weiteren 20 Gr. 2 Mark;

Drucksachen für je 50 Gr. 80 Pfg.;

Blindenschriftsendungen für je 500 Gr. 40 Pfg. (Meistgewicht 3 Kilogr.), jedoch nach Tschechoslowakei für je 500 Gramm 10 Pfg.;

Geschäftspapiere für je 50 Gr. 80 Pfg., mindestens 4 Mark;

Das Gemeindekind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Mit einer Hand schob er ihn fort, mit der andern hielt er ihn zurück. „Meine letzten Worte, lieber Mensch, merk sie dir! präge sie dir ins Hirn, in die Seele. Gib acht: Wir leben in einer vorzugsweise lehrreichen Zeit. Nie ist den Menschen deutlicher gepredigt worden: Seid selbstlos, wenn aus keinem edleren, so doch aus Selbsterhaltungstrieb . . . aber ich sehe, das ist dir wieder zu hoch — — anders also! In früheren Zeiten konnte einer ruhig vor seinem vollen Teller sitzen und sich schmecken lassen, ohne sich darum zu kümmern, daß der Teller seines Nachbars leer war. Das geht jetzt nicht mehr, außer bei den geistig völlig Blinden. Allen übrigen wird der leere Teller des Nachbars den Appetit verderben — dem Braven aus Rechtsgefühl, dem Feigen aus Angst . . . Darum sorge dafür, wenn du deinen Teller füllst, daß es in deiner Nachbarschaft so wenig leere als möglich gibt. Begreifst du?"

„Ich glaube ja."

„Begreifst du auch, daß du nie eines Menschen Feind sein sollst, auch dann nicht, wenn er der deine ist?"

„So etwas," erwiderte Pavel, „hat mir schon meine Schwester gesagt."

Habrecht drückte seine Freude an dieser Uebereinstimmung aus und fuhr fort: „Ferner, verlerne das Lesen nicht. Ich habe aus meinem Vorrat von Schulbüchern, ehe ich ihn verschenkte, sechs Stück für dich beiseite gebracht — du wirst sie durch die Post erhalten — schlichte Büchlein, von unberühmten Männern zusammengestellt; wenn du aber alles weißt, was in ihnen steht, und alles tust, was sie dir anraten, dann weißt du viel und wirst gut fahren. Lies sie, lies sie immer, und wenn du mit dem sechsten fertig bist, fange mit dem ersten wieder an . . . Was das Allerschwierigste im Leben betrifft, die süßeste, die grausamste, die mächtigste und fürchterlichste aller Leidenschaften — ich mag sie gar nicht nennen — so meine ich, du wärst abgeschreckt und könntest es bleiben. Sie ist dir am Quell vergiftet worden, bei ihrem ersten Ursprung, das hilft manchmal für immer. Du hast es mit ihr so schlecht getroffen, wie dein aufrichtiger Freund, für den ich mich halte, es dir nicht besser hätte wünschen können."

Auf dem Bahnhofe waren immer mehr Leute zusammengekommen, ein erstes Glockenzeichen wurde gegeben, aus der Ferne gellte ein Pfiff. Habrecht merkte von alledem nichts, er hatte Pavel am Rock gefaßt und redete hastig und heftig in ihn hinein:

„Nicht jeder braucht einen Hausstand zu gründen; das ist der größte Wahn, daß man eigene Kinder haben müsse — es gibt Kinder genug auf der Welt . . . und je besser ein Vater ist, desto weniger hat er von seinen Kindern — wer fühlt edel und selbstlos genug, um sich zutrauen zu dürfen, er werde ein guter Vater sein? . . . Und deinen Ruf, lieber Mensch, achte auf deinen Ruf, du weißt schon, die gewisse Tafel, die blank sein muß — die deine war sehr verkritzelt . . . putze, fege, strebe vorwärts . . . glaube: wenn du heute nicht etwas besser bist, als du gestern warst, bist du gewiß etwas schlechter . . ."

„Herr Lehrer", wollte Pavel ihn aufmerksam machen, als nun zum zweiten Male geläutet wurde: aber unter dem Zipfel des Taschentuches hervor, das sich aus der Hutkrempe losgelöst hatte und nun, vom Winde bewegt, Habrechts Gesicht umflog, sah dieser ihn liebreich an und fuhr fort:

„Wende mir nicht ein: das sind lauter zu hohe Grundsätze für unsereinen, gehen Sie damit zu denen, die ohnehin schon hoch stehen, wir sind geringe Leute, für uns ist auch eine geringere Moral gut genug . . . Ich sage dir, gerade die beste ist für euch die rechte, ihr Geringen, ihr seid die Wichtigsten, ohne eure Mitwirkung kann nichts Großes sich mehr vollziehen — von euch geht aus, was Fluch oder Segen der Zukunft sein wird . . ."

„Herr Lehrer, Herr Lehrer! es ist Zeit," sagte Pavel, und Habrecht versetzte:

„Eure Zeit, ja wohl — und was ihr aus derselben macht, das wird . . ."

„Einsteigen!" rief es dicht an seinem Ohr, und er sah sich um, sah den Zug dastehen und erschrak furchtbar. „Dritte Klasse nach Wien!" schrie er, rannte auf den ihm vom Schaffner bezeichneten Waggon zu und erklomm ihn mit nicht gerade armutiger, aber wunderbarer Behendigkeit.

Pavel eilte ihm nach und reichte ihm seine Effekten in den Wagen, in dem Habrecht unter vielen Entschuldigungen einen Platz gefunden hatte. Ein neuer Pfiff, der Zug setzte sich in Bewegung, eine kleine Strecke konnte ihn Pavel in scharfem Laufe begleiten.

„Gott behüte Sie, Herr Lehrer!" schrie er, und durch das Brausen der davonrollenden Lokomotive und aus Rauch und Dampfwolken kam die Antwort:

„Und dich, lieber Mensch, Amen, Amen, Amen!"

Am späten Abend, nachdem Pavel heimgekommen war, füttierte er seinen Hund, nahm eine Haue und grub dem Steine nach, den er unter die Schwelle seines Hauses versenkt hatte. Lamur saß daneben und warf aus verdrießlich zugekniffenen Augen so scheele Blicke auf die Arbeit seines Herrn, leckte sich die Nase so oft und sah so verächtlich drein, daß Pavel seine üble Laune bemerken mußte.

„Ist dir's vielleicht nicht recht?" fragte er.

Ein höhnisches Zähnefletschen war die Antwort.

Pavel aber hatte den Stein aus der Erde gehoben, betrachtete ihn, wog ihn in der Hand und fand ihn kleiner und leichter, als er sich ihn vorgestellt hatte.

„Da ist er, schau — nimm!" sagte er und hielt ihn dem Hunde hin, der ihn in die Schnauze nahm und seinem Herrn nachtrug.

Am Brunnen angelangt, an dem ihre erste Begegnung stattgehabt hatte, nahm Pavel dem Hunde den Stein aus dem Maul und schleuderte ihn ins Wasser, in dem er mit einem lauten Glucksen versank.

Lamur gab durch Knurren seine Mißbilligung zu erkennen.

XVII.

Seit einiger Zeit hatte die Frau Baronin ihre Wohnung im ersten Geschoß des großen Schlosses mit einer zu ebener Erde gelegenen vertauscht. Sie fühlte sich sehr alt werden, das Treppensteigen wurde ihr schwer und sie unterzog sich dieser Mühe nur noch bei besonderen Festlichkeiten, die nirgends als im Ahnensaale stattfinden konnten. Am ersten Januar zum Beispiel, wenn die Baronin die Glückwünsche ihrer in corpore mit Gemahlinnen und kurfähigen Nachkommen ausgerückten Beamten empfing; oder am Gründonnerstag, wenn sie, einer Familientradition getreu, dasselbe Fest in bescheidener Nachahmung beging, das an diesem Tage in der Hofburg zu Wien mit kaiserlichem Glanze vollzogen wird.

Das gewöhnliche Leben der Greisin verfloß in gleichmäßiger, immer tiefer werdenden Stille. Sie beschäftigte sich viel mit dem Gedanken an ihren Tod, dem sie ohne Furcht, und, trotz mancher quälenden Leiden und Beschwerden, ohne Ungeduld entgegensah. Sie hatte in ihren letzten Anordnungen das Kloster zum Erben ihres Gutes Soleschau eingesetzt. Das Kloster, in dem Milada erzogen worden war, die, so es Gott und seinen Stellvertretern auf Erden gefiel, bestimmt sein konnte, einst die oberste Leiterin des Hauses zu werden, in das sie vor Zeiten als der ärmste Zögling getreten war. Kein Bedürftiger der Gemeinde war im Testament der alten Dame vergessen und auch keiner ihrer Diener. An sich hatte sie zuletzt gedacht, dann aber recht ausführlich, und das Zeremoniell, das sie bei ihrem Leichenbegängnis beobachtet wissen wollte, genau bestimmt. Die Gruft, die halb verfallen war, und für deren Erhaltung sie grundsätzlich nie etwas getan hatte, sollte noch ihre Reste aufnehmen, dann zugemauert und der Eingang mit Erde und Rasen überdeckt werden. Die Leute die da drinnen liegen, schließen sich mit Vergnügen von der heutigen Welt ab, meinte sie, ordnete jedoch an, daß die Kapelle, die den Grufthügel krönte, in gutem Stand erhalten werde und immer offen zu bleiben habe, damit jeder, dessen Herz danach verlangen sollte, an der heiligen Stätte ein Vaterunser für die alte Gutsfrau zu sprechen, diesem frommen Bedürfnisse nachkommen könne.

Die Baronin sann jetzt oft darüber nach, wer von den Leuten, denen sie so manche Wohltat erwiesen hatte, den Wunsch empfinden würde, für ihre ewige Ruhe zu beten, und gewöhnte sich, jeden, mit dem sie sprach, darauf anzusehen, ob er wohl zu denen gehöre, die ihrer vergessen, oder zu denen, die ihrer gedenken würden. Und wenn auch nicht ausschlaggebend, war die Bejahung oder Verneinung der Vermutungen, die sie darüber anstellte, doch von großem Einfluß auf ihre Wertmessung der Menschen.

(Fortsetzung folgt.)

Warenproben für je 50 Gr. 80 Pfg., mindestens 2 Mark; Die Einschreibgebühr und Rückscheingebühr ist auf 2 Mark, die Eilbestellgebühr für Briefsendungen auf 8 Mark festgesetzt.

Die Gewichtsgebühr für Wertkästchen beträgt 1,60 Mark für je 50 Gr., mindestens 8 Mark. Die Behandlungsgebühr für Wertpakete wird in Höhe von 2 Mark erhoben. Die Versicherungsgebühren erfahren keine Aenderung.

Die ungestümen Hausbesitzer.

Steuerverweigerung.

Eine Vollsitzung des Mieteeinigungsamtes beschloß kürzlich ohne Widerspruch der Hausbesitzer, von einer Mieterhöhung vor dem 1. April kommenden Jahres abzusehen und die Verabschiedung des Reichsmietegesetzes abzuwarten. Das paßt den Größen im Neuen Grundeigentümerverein absolut nicht. Sie wollen aggressiv vorgehen, um von den Mietern das herauszupressen, was ihnen vorläufig Recht und Gesetz versagt. Ein Vorkämpfer für unbeschränktes Ansetzen der Mietpreisschraube ist bekanntlich Herr J. Hefti, der mit allerhand Rhetorik in- und außerhalb der Hausbesitzervereinigung versucht, seine Tüchtigkeit als Interessenvertreter einer Sondervereinigung zu beweisen. Auf die Richtigkeit seiner Behauptungen kommt es weniger an, auf den Ton, der die Musik machen soll. Seine Schildknappen sind die Herren Dietrich und Dinter, die ihrem Herrn und Meister im Drauflosreden nichts nachgeben. Dieser Dreistern behauptete in der Mittwochversammlung des Neuen Grundeigentümervereins wieder einmal, es bestehe in Mieterkreisen die Absicht, den Grundbesitz zu erdrosseln, und zu diesem Zweck auch die Macht der Straße nicht zu scheuen. Das Gewerkschaftskartell habe sich dazwischengemischt und so sei aus einer wirtschaftlichen Frage eine politische Machtfrage geworden. Dem Mieteeinigungsamt werden Verschleppungsmanöver vorgeworfen und was dergleichen Unsinn mehr ist.

Das ganze Gefasel in dieser Interessenversammlung ist ja zu töricht, als daß man lange darüber streiten soll. Es ist ja nur ein kleiner Stoßtrupp, der die sogenannte freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt will, um der Spekulation unbeschränkten Spielraum zu lassen und Valutagewinne einzustreichen. Wie wir uns zur Mietpreiserhöhung stellen, ist des öfteren dargelegt worden. Uns ist auch bekannt, daß sehr viele, ja die meisten kleinen Hausbesitzer, mit ihren Mietern ganz gut auskommen und daß sie heute noch nicht einmal die 75%ige Steigerung genommen haben. Sie denken auch nicht daran, den erhöhten Satz zu fordern. Und das sind gerade diese Leute, die stets im Hause auch etwas machen lassen, während die größten Schreier nur nach ihrer Brieftasche fühlen. Vor allem aber müssen wir gegen die Unterstellung protestieren, das Gewerkschaftskartell drohe mit Gewaltmaßnahmen. Was die organisierte Arbeiterschaft verlangte, wurde vom Genossen Dreger in der letzten Ortsausschußsitzung bekannt gegeben und auch im Volksboten veröffentlicht. Das ist etwas ganz anderes als z. B. Herr Hefti herschwafelte und vom Hörensagen ableitete.

Recht simpel nimmt sich auch die Aeußerung des Herrn Dietrich aus, der eine 300prozentige Mietesteigerung durch den tollen Einfall schmackhaft machen wollte, man müsse die Mieter durch eine sofortige Mieterhöhung an die völlige Schröpfung gewöhnen. Wir danken für diese Belehrung. Die Herren glauben doch nicht etwa, die vom Reichsgesetz vorgesehene Mieterhöhung fließe restlos in ihre Tasche? Es ist ihnen doch schon bei den Verhandlungen vor dem Mieteeinigungsamt klar gemacht worden, daß bei einer Mietepreiserhöhung eine Sicherung für das Verwenden des Geldes geschafft werden muß. Hier sind die Haken, an denen die Mieter aufgeknöpft werden sollen. Die Hausbesitzer — wohlgemerkt: noch lange nicht alle! — lehnen in ihrer Resolution jede Einmischung der Mieter in die Rechte des geheiligten Privateigentums ab und drohen, falls ihren frivolen Wünschen nicht entsprochen wird, mit **Verweigerung sämtlicher lübeckischer Steuern.** So sieht die Aufbauarbeit dieser neugewählten Bürgerschaftsvertreter aus. Es steckt natürlich nur hohles Geschwätz der kleinen Gernegroße aus der Sonderinteressenvereinigung dahinter, die in ihrem Kreise wühlen, weil ihnen außer dem Geldbeutel andere Staatsnotwendigkeiten gleichgültig sind. Das beweist ja auch die Aufforderung, das Mieteeinigungsamt mit Tausenden von Kündigungsanträgen zu überschwemmen und so dessen regelrechtes Arbeiten unmöglich zu machen. Es wird wohl noch Mittel geben, um den Uebermut dieser Heißsporne zu zügeln.

Oeffentliche Büchereien.

Der Bibliothekar an der Mainzer Stadtbibliothek Dr. Waas bringt unter obigem Titel in dem neuesten Hefte des führenden deutschen Volksbildungsorgans, das „Volksbildungsarchiv", sehr bemerkenswerte Ausführungen anläßlich der ersten Konferenz der Arbeiterbibliotheken, Ausführungen, die uns um so mehr interessieren müssen, als ja seit Jahresfrist von der Bürgerschaft angeregt ist, das öffentliche Büchereiwesen einer Neuorganisation zu unterziehen. Durch die inzwischen durch Rat- und Bürgerschluß erfolgte Angliederung der bildungspfleglichen Landeswanderbücherei an die Stadtbibliothek ist der prinzipielle Teil der Anrege, die Zersplitterung unseres öffentlichen Büchereiwesens aus finanziellen und bildungspfleglichen Gründen durch eine Zentralisierung und Vereinfachung der Büchereiverwaltung zu beheben, im Sinne des Antrages bereits entschieden worden. Die Lübeckischen Anzeigen versuchten in der Weihnachtsnummer gegen die weitere Lösung der von der Mehrheit der Bürgerschaft geforderten Neuorganisation Stimmung zu machen. Aus dem Artikel spricht nur zu deutlich die Tatsache, daß die vorjährige Behauptung des Vereins Oeffentliche Bücherhalle, die sachlichen Ausgaben würden fürderhin aus seinen eigenen Mitteln (d. h. fast restlos aus den geringen Lesegeldern) bestritten werden können, stark ins Wanken gekommen ist. Der Pferdefuß weiter erhöhten Staatszuschusses bei getrennter Verwaltung guckt aus diesen Ausführungen sehr deutlich heraus. Die durch unsere finanzielle Lage gegebene Notwendigkeit, durch zweckmäßigste Organisation und Vereinfachung der Verwaltung in allen Zweigen der Verwaltung möglichst zu sparen, sucht man durch den Hinweis auf ein paar Universitätsstädte abzutun; die Tatsache, daß sehr viele deutsche Städte die Verwaltung ihrer Stadtbibliothek und ihrer Bücherhallen (zum Teil auch schon ihrer Arbeiterbibliotheken) vereinigt und damit ein viel planmäßigeres, großzügigeres und billigeres Arbeiten ermöglicht haben, wird den Lesern vorenthalten. Auch daß infolge der geringen sachlichen Mittel Raubbau mit dem Bücherbestande der Bücherhalle getrieben wird und weiterhin getrieben werden soll, verschweigt der Artikel. Als schwarzer Mann muß die Sozialdemokratie zum Schlusse herhalten; die Tatsache aber, daß die Arbeiterbevölkerung in Lübeck den Hauptteil der erwachsenen Einwohnerschaft stellt und damit einen Anspruch auf Befriedigung auch ihrer Bildungsinteressen hat, wird mit einer Handbewegung abgetan. In diesem Zusammenhange interessieren besonders die einschlägigen Ausführungen des uns zur Verfügung gestellten oben angedeuteten Artikels des Dr. Waas, der aus den Erfahrungen einer der vielen Bücherei-Zentralverwaltungen über die Ergebnisse der Tinzer Bücherei-Konferenz spricht:

„Auf der Tagesordnung standen neben gemeinsamem Büchereinkauf, der Bekämpfung der Schundliteratur und dem Volkshochschulwesen in seinem Verhältnis zur Arbeiterschaft und Arbeiterbücherei vor allem zwei Fragen: 1. Was ist das Wesen der Arbeiterbibliothek, und wie ist sie im einzelnen und im Großen aufzubauen? und 2. Ist es möglich und für die Arbeiterschaft ratsam, Arbeiterbibliotheken und kommunale Büchereien zu vereinigen? Das Referat zur ersten Frage hatte der Leiter der Münchener Gewerkschaftsbücherei, Josef Seker, das zur zweiten Frage Dr. M. Rieth, der Direktor der Lübecker Stadtbibliothek. Aus den Ausführungen Sekers war zu erkennen, wie stark sich doch der Charakter der sozialistischen Arbeiterbüchereien im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte verändert hat. Ursprünglich gewerkschaftliche Fachbücherei und sozialistische Parteibibliothek geht heute die Entwickelung deutlich dahin, sie ganz in den Dienst der Arbeiterbildung und der Volksbildung zu stellen. Gerade die größten und bestgeleiteten Arbeiterbüchereien Deutschlands zeigen diese Entwickelungslinie deutlich, was natürlich nicht ausschließt, daß eine große Zahl von kleineren Büchereien noch rein den alten Charakter der Parteibibliothek und der gewerkschaftlichen Fachbibliothek trägt, und andere beides miteinander zu vereinigen suchen. Das in Tinz entworfene und als maßgebend anerkannte Bild war aber jedenfalls das der Bildungsbücherei. Damit steht sie jedoch den allgemeinen öffentlichen Büchereien sehr nahe, unter der Voraussetzung allerdings, daß diese öffentlichen Büchereien volksbildnerisch das leisten, was man von ihnen erwarten muß, d. h. daß sie so durchorganisiert sind, daß ihre Arbeit in die Tiefe gehen und jeden einzelnen in seiner geistigen Eigenart erfassen kann und dabei — das ist die zweite Voraussetzung — jeder Weltanschauung, also auch der sozialistischen, Rechnung tragen kann.

Durch diese Richtlinien für den Aufbau der Arbeiterbüchereien beantwortet sich auch die Frage nach einer Vereinigung mit allgemeinen öffentlichen Büchereien desselben Ortes von selbst. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so steht einer Vereinigung von beiden Büchereien nichts im Wege, wie die meisten Redner betonten. Eine generelle Entscheidung ist aber eben durch diese Vorbedingungen nicht zu fällen, die Verhältnisse der einzelnen Orte müssen hier entscheiden. Wiederholt wurde betont (und verdiente noch kräftiger unterstrichen zu werden), daß die Bildungsarbeit, die die Arbeiterbücherei zu leisten sucht, Sache des Staates und mehr noch Sache der Gemeinden wäre, und daß die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse dringend eine Zusammenfassung aller Mittel und Kräfte verlangen, da bei einer Zersplitterung des Büchereiwesens keine Gruppe mehr imstande sein wird, ihre Aufgaben im Sinne des aufgestellten Arbeitszieles zu erfüllen."

*

Tagesordnung der Bürgerschaft am Montag, dem 2. Januar. I. Wahl zweier bürgerlicher Mitglieder des Denkmalrates. II. Wahl von je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern für das Arbeitsamt. III. Wahl von 10 Wahlvorstehern und deren Stellvertretern für die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht aus dem Kreise der Arbeitnehmer. IV. Mitteilungen des Senates. V. In der Versammlung vom 21. Dezember 1921 unerledigt gebliebene Senatsanträge, betreffend 1. Nachbewilligung für die Finanzbehörde; 2. Nachbewilligung für die Erneuerung von Druckpumpmaschinen des Wasserwerks Lübeck; 3. Nachbewilligung von 13 751,24 Mk. für die Inneneinrichtung des Erweiterungsbaues der Feuerwehr in der Hansastraße. VI. In der Versammlung vom 21. Dezember 1921 unerledigt gebliebener Antrag von Reisberger: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ab 1. Januar 1922 die Besuchszeit im Allgemeinen Krankenhause für die Patienten der 3. Verpflegungsklasse auf 3 Tage wöchentlich einschließlich Sonntags auszudehnen. VII. In der Versammlung vom 21. Dezember unerledigt gebliebener Antrag von Dr. Leber: Die Bürgerschaft möge beschließen: 1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Häuser sowie alle sonstigen monarchistischen Bilder, Abzeichen, Flaggen, Inschriften usw. sind bis 15. Januar 1922 zu entfernen. (Insbesondere kommen hier alle staatlichen und vom Staate unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw. in Frage). 2. Der Senat hat bis spätestens 1. März der Bürgerschaft Vorschläge zu machen für die Einführung von Lehrbüchern, die geeignet sind, die Jugend im republikanischen Geiste zu erziehen. (Für Volks- und höhere Schulen.) 3. Der Senat erwägt sofort Maßregeln, um die an den höheren Schulen überhand nehmende nationalistische und antisemitische Verhetzung rücksichtslos zu unterdrücken. Er teilt seine dahin gehenden Beschlüsse der Bürgerschaft mit, die sich Stellungnahme vorbehält. VIII. Weitere Anträge des Senates: 4. Verlängerung des Ufergleises am Klughafen. 5. Ausbesserung bezw. Wiedererrichtung von Spritzenhäusern im eingemeindeten Gebiet. 6. Verbesserung des Betriebes auf der Marlibahn. 7. Unterhaltung und Reinigung der Straßen in den Siedlungen. 8. Erweiterung der Siedlungen in Karlshof und an der Gärtnergasse. 9. Erhöhung der Tagegelder für die von der Wasserlösungskommission bestellten Schaumänner. 10. Erhöhung der Zahl der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses zur Durchsicht des Fischereigesetzes. 11. Nachbewilligung von Mitteln für die Frauengewerbeschule. X. Antrag von Dr. Gebhard: Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft eine Vorlage zur Abänderung des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 23. Mai 1920 entgegenzubringen, durch die in gleicher Weise, wie im Reichstagswahlgesetz, das Wahlgeheimnis gesichert wird.

Kartoffeln werden wieder befördert. Amtlich wird mitgeteilt: Das seit etwa zehn Tagen auch in den östlichen und nördlichen Provinzen eingetretene und auch noch anhaltende offene Wetter ist für die Kartoffelversorgung günstig und wird in weitgehendem Maße benutzt, um aus den Ueberschußgebieten die Kartoffelüberschüsse in die Bedarfsgebiete kommen zu lassen. So konnten in der vorigen Woche wieder erhebliche Mengen Kartoffeln ohne Frostschaden zugeführt werden. Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums ist gelungen, alle Anforderungen nach Wagengestellungen restlos zu erledigen. — Kartoffeln sind also wieder zu haben, nur über den Preis wird tiefes Stillschweigen bewahrt. Es scheint, daß der Wucher weiter getrieben werden soll, denn kürzlich wurden einem hiesigen Händler Kartoffeln für 120 Mk. pro Zentner angeboten. Was soll die Ware nun im Kleinverkauf kosten?

Ein Wetter, daß Gott erbarm, ertragen wir nun seit Wochen. Kein Tag ohne Regen, und Stunden, wo es wie aus Sturzbächen gießt. Das beste Schuhzeug geht aus dem Leim, und das ist

Dalars Rache.

Von Max Dauthendey.

Die Frau des Dalar stand an einer Straßenpumpe in einer der Eingeborenenstraße von Bombay. Sie drehte den Hahn auf und hielt den Kopf ihres sechsjährigen Knaben darunter und wusch ihn mit den Händen.

Es ist morgens sieben Uhr, und die Straße wimmelt von Indiern, die wie nackte Rudel Rotwild aneinander vorübereilen. Ziegenherden und Scharen von Truthühnern treiben neben zweiräderigen hohen Lastkarren über das Pflaster. Indier sitzen am Trottoirrand, lassen sich rasieren, die Ohren reinigen und den Leib massieren. Die Straßenfriseure mit dem Toilettenwerkzeuge im Gürtel, und bis auf Gürtel und Turban unbekleidet, hocken neben ihrer Kundschaft am Trottoirrand.

Die Frau des Dalar hatte ihrem Knaben das schwarze Haar blank gestrichen, daß sein Kopf wie der Lackschuh eines Europäers glänzte. Sie öffnete jetzt ihr eigenes Haar und hielt ihren Kopf unter die Straßenpumpe; sie ließ den Wasserstrahl wie einen Glaskolben aufschlagen, und das Wasser zerplatzte weit im Kreise.

Ein Zebukalb, ein wilder Hund und ein paar Truthühner, die sich um die Pumpe tummelten, kamen hierbei und schlürften die Wassertropfen auf. Die zwei indischen Arbeiter in Dalars offner Schneiderbude, welche Turbanbänder und Schleier auf englischen Nähmaschinen säumten, lachten über den spritzenden Wasserstrahl, und Oliman, der eine der Gehilfen, rief der Frau des Dalar den Brahmanenspruch zu: „Elida, nimm dein Haupt in acht, daß es nicht zu Wasser wird unter der Quelle." Elida, die Frau des Dalar, antwortete ihm nicht.

Sie schickte aber, als sie ihr schwarzes Haar aussrang und sich aufrichtete, mit der Wimper zuckend den Knaben zu dem, der gesprochen hatte. Oliman legte seine Hand eine Sekunde auf das frische schwarze Haar des Knaben, murmelte ein Gebet über ihn und ließ ihn wieder gehen. Dann beugte er sich demütig und scheu über seine Nähmaschine, tropfte Oel aus der Kanne in die Räder und nähte weiter.

Jedesmal, wenn die Frau ihr Haar an der Pumpe vor dem Laden ihres Mannes wusch, geschah es, daß sie das Kind zu Oliman schickte und dieser ein Gebet über den Knaben sprach; das geschah jeden Morgen, seitdem der Knabe laufen konnte.

Niemand in der Straße dachte darüber nach, warum Oliman den Knaben jeden Morgen segnete. Aber Dalar, der Besitzer der Nähmaschinen, saß jetzt tagelang drüben beim Silberschmied an der Ecke und dachte nach. Er ließ seine Wasserpfeife oft ausgehen, zündete sie wieder an und dachte weiter. Dalar konnte gut über das Gewühl der Zebukarren und über das Gerenne des Bahar-Volkes und heimlich über die Schulter seines Freundes, des Silberschmiedes, hinweg seinen Laden beobachten, seine Nähmaschinen, sein Weib an der Pumpe, den Knaben und Oliman.

An diesem Morgen, als die Frau mit dem Kind ins Haus gegangen war, wischte sich Dalar mit der Handfläche den Schweiß von der Stirne, stand auf, schlüpfte mit den Füßen in seine Pantoffel und ging finster in Gedanken fort in das Straßengewühl. Im Geschäftsbetriebe bemerkte niemand bei dem Silberschmied, daß Dalar verschwand. Dalar ging, bis er in eine Gasse vor eine Zeltbude kam.

Vor dem Zeltvorhang saß die rächende Göttin Kali, die Vielarmige, aus Holz geschnitzt. Drinnen im Zelt sind die rächenden Todesgötter der Indier aufgestellt, die bei Prozessionen an Festtagen durch die Straßen getragen werden. Vor dem Zelteingang neben der Göttin steht ein großer Blechkasten als Opferstock. Dalar warf ein Silberstück hinein und wünschte sich einen rächenden Gedanken. Er starrte dabei finster auf die hölzerne, schwarze Gestalt der Göttin Kali, die auf einem zitronengelben Tiger sitzt, welchem statt Menschenblut rote Oelfarbe um das Maul gemalt ist. Die vielen schwarzen Arme der Göttin schwingen vergiftete Dolche, vergiftete Säbel und vergiftete Speere; sie hält ein ganzes Arsenal blitzender Waffen in die Luft. Alles Straßenvolk geht grüßend an ihr vorüber, und aller Indier Augen blitzen für eine Sekunde beim Gruß, wie Raketen in der Nacht. Dalar verbeugte sich dreimal und klatschte in die Hände, um die Aufmerksamkeit der schwarzen Göttin zu erwecken. Daß ihn sein Weib Elida mit Oliman betrogen hatte, wußte er jetzt, und er sah es deutlich an dem Kind, welches Oliman täglich ähnlicher wurde. Heute hatte er endlich beschlossen, sich an Elida zu rächen.

Dalar trat in die staubige Tempelbude, um sich einen Tod für sein Weib auszusuchen.

Lange Reihen hölzerner, rot, gelb und grün gemalter Puppen standen drinnen unter dem grauen Zelttuch auf langen Tischen. Da waren Menschen an Marterpfähle gebunden, mit brennenden Pfeilen gespickt; englische Soldaten, welche vom wütenden Elefantengott zerstampft wurden; die Göttin Kali in unzähligen Tigergestalten auf roten und schwarzen Tigern, Feuer und Pest darstellend; der blaue Affengott, der die Menschenaugen irrsinnig macht mit seinen Grimassen und Verrenkungen. Es wurden Menschen von der Rachegöttin zu Tode gepeitscht, der Tiger hielt Verzweifelte in seinen Tatzen und riß ihnen die Gedärme aus der Bauchhöhle. Der gelbe Tigergott hatte grüne Glaskugeln als Augen und echte, heilige, zornige Tigerkrallen. Jede mögliche Folter und jeder schrecklichste Tod hatte sein Bild hier. Um das vergossene Blut zu schildern, war an den plastischen Figurengruppen nicht mit Scharlachfarbe, Purpur und Rötel gespart.

Dalar grübelte: Seine Augen liebkosten die rotgemalten Folterqualen, als stünde er vor den Blumenbeeten in den Gärten des Paradieses. Aber als er die langen Reihen zweimal auf und ab gegangen war und alle Todesschmerzen am eigenen Leibe nachgefühlt hatte, fand er unter allen grausamen Todesarten keinen Tod grausam genug für sein Weib. Nicht den roten Tod, das Feuer, das den Menschen zernagen konnte; nicht den blauen Tod, den Wahnsinn, mit seinen verrenkten Grimassen; nicht den gelben Tod, den Tigerhunger, mit den eigenen Därmen im Maul; den Tod, den Dalar für Elida suchte, fand er nicht unter den dreihundertsechzig Todesarten.

Wie von der Göttin getränkt, wollte Dalar schon die graue Tempelbude verlassen. Da — unter dem Zeltausgang blieb sein Turban an einem rostigen Nagel der Zeltstangen hängen, das Turbantuch schlitzte auf, und Dalas ganzer Geldvorrat, den er, wie alle ärmeren Orientalen, stets in den Turban gewickelt trug, rollte in hundert Silbermünzen über Schultern, Rücken und Brust an ihm herab, auf die Erde, der vielarmigen Göttin Kali zu Füßen.

Dalar sah und horchte erstaunt auf die klingenden Münzen, als hörte er jedes Silberstück sprechen.

Erleuchtet von einem plötzlichen Gedanken, beugte er sich dreimal tief und ehrfürchtig vor dem Götterbild, verließ dann das Zelt und ließ sein ganzes Geld hinter sich bei der rächenden Göttin liegen.

„Die Göttin Kali hat gesprochen!"

„Den grauen Tod, die Armut wünscht dir die Göttin Kali, Elida!" Und Dalar nickte ernst und zustimmend, dann verschwand er im Straßengewühl.

Tief in der Nacht, als die grellen Tropensternbilder wie Stachelzäune über den Häusern standen, schlich Dalar an seine Haustür und malte mit ein wenig Indigofarbe einen blauen Kreis an den Türpfosten, zum Zeichen, daß einer im Hause gestorben sei. Dann ging der Mann weiter durch die Nacht. Sein Weib würde am nächsten Morgen glauben, er wäre an der Türschwelle umgefallen und von der englischen Nachtpatrouille als pestverdächtig in die Baracken fortgetragen worden. Der Offizier der Patrouille hätte dann das blaue Zeichen, wie gewöhnlich lakonisch an die Tür gemalt.

Dalar wanderte unter den Ketten der schweren Sterne durch die Nacht. Morgen war der Monatsanfang, an dem die beiden Nähmaschinen den unerbittlichen englischen Fabrikanten bezahlt werden mußten; morgen war der Monatsanfang, an dem die Hauspacht entrichtet werden mußte. Die armseligen feigen Ladengehilfen konnten Elida nichts nützen. Morgen mußte Oliman sich eine andere Stelle suchen, morgen mußte Elida mit ihrem Knaben betteln gehen.

Dalar schritt unter dem Steingewichte der Sterne durch die Nacht, und ihm war, als hätte er alle Arme der Göttin Kali am Leibe, so glücklich fühlte er sich. Er rächte sich tief mit allen göttlichen Armen der Rache.

Dalar wanderte in dieser Nacht, reich wie die Finsternis, als Pilger zum Berge Abu, um ein Jain zu werden. Die Jains leben dort am Berge nackt und sprechen dem Weibe jede Seele ab.

heute doch so kostspielig. In letzter Nacht zog sogar ein Gewitter auf. Etwas nach 1 Uhr donnerten zwei starke Schläge in die stockdunkle Nacht, der Sturm heulte, Regen und Hagel peitschte hernieder. Es wäre wohl zu wünschen, daß Petrus, Jupiter oder wer sonst da droben etwas zu sagen hat, endlich uns geplagten Menschenkindern freundlichere Wintertage bescheren würden.

Feuer in der St. Lorenzkirche. Mittwoch nachmittag, kurz vor 4 Uhr, wurde die in der Hansastraße stationierte Feuerwehr nach der an der Kirchenstraße gelegenen St. Lorenzkirche gerufen. Es brannte im Innern der Kirche. Das ganze Gebäude war voll dickem Qualm, so daß es Mühe kostete, die Brandstätte zu entdecken. Einigen mit Rauchschutzhelmen ausgerüsteten Feuerwehrleuten gelang es schließlich, den Herd des Feuers festzustellen. Es brannte die Orgel. Einige Zinkpfeifen und sonstige Metalle waren bereits geschmolzen, wodurch der furchtbare Qualm entstanden war. Die Feuerwehr, die mit 2 Motorspritzen erschienen war, griff sofort mit voller Wucht ein. Nach etwa einer Stunde hatte sie das verheerende Element bezwungen. Die Orgel, die erst im Jahre 1901 erbaut wurde, ist völlig zerstört. Die während des Krieges herausgenommenen Pfeifen des Projekts waren kurz vor Weihnachten neu ersetzt worden. Außer dem Brandschaden an der Orgel ist auch noch ein starker Schaden durch Wasser entstanden. Es wird angenommen, daß durch Kurzschluß das Feuer entstanden ist. Gegen 6 Uhr konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Von der Schiffahrt. Total verloren. Am 9. Dezember strandete der Dampfer „Deutschland" bei Dasserort an der Stettiner Küste. Der Dampfer hatte eine wertvolle Ladung, bestehend aus afrikanischem Phosphat. Bei dem letzten orkanartigen Sturm ist das Schiff durch das schwere Auflaufen auf den steinigen Grund total aufgebrochen und auseinandergerissen worden. Der Bergungsdampfer hat die Strandungsstelle verlassen, da nichts mehr zu bergen war. Das Wrack soll jetzt, wie es auf dem Strand liegt, verkauft werden. — Gesunken. Der deutsche Seeleichter „Gaivota" von Hamburg mit Mais nach Stettin, ist am 12. Dezember bei Goos vor Rügen gesunken.

Erweiterung der Ermäßigungen für den Steuerabzug ab 1. Januar 1922. Auf die sich hierauf beziehende wichtige Bekanntmachung des Finanzamtes in der heutigen Nummer wird besonders hingewiesen. Zur möglichst schnellen Verbreitung der neuen Bestimmungen wird vom Finanzamt, wie uns dieses mitteilt, ein Merkblatt herausgegeben werden. Die Arbeitgeber werden gebeten, das Merkblatt in ihren Betrieben an möglichst sichtbarer Stelle zum Aushang zu bringen. Die Behörden und die Gehalt usw. auszahlenden Kassen werden zur Vorbereitung der richtigen Berechnung der auszuzahlenden Januargehälter und Löhne ersucht, umgehend Merkblätter vom Finanzamt (Zimmer 14) zu erfordern.

Ehmcke-Ausstellung im St. Annen-Museum. Die Mitte Dezember eröffnete Gesamtübersicht über die buchkünstlerischen und gebrauchsgraphischen Arbeiten von Professor Ehmcke wird leider viel zu wenig besucht. Die Ausstellung bleibt noch bis Mitte Januar geöffnet und ist kürzlich um einige weitere Bände der Rupprechtpresse vermehrt worden. Sie bietet für alle Kunstfreunde, namentlich aber für solche, denen die Veredlung unserer deutschen Buchkunst am Herzen liegt, eine Fülle gediegenster Anregungen. Der vorzügliche Katalog stellt an sich schon ein kleines Meisterwerk erlesener Druckanordnung dar. Er ist zum Preise von 10 Mk. an der Museumskasse erhältlich.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Jungsozialisten! Freitag, den 30. Dezember, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, T.-O.: „Was bedeutet der Sozialismus für die Jugend?" Abends 6½ Uhr: Vorstandssitzung. (11171

Stadttheater. Am Sonnabend (Silvester) Gastspiel von Mitz von Canova als Rosalinde vom Gärtnerplatztheater München

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Eine wichtige Parteiversammlung findet morgen, Freitag abend 7½ Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Segeberg. Im Zuge überfallen wurde eine Frau auf der Fahrt von Fahrenkrug nach Segeberg. Die Frau saß allein in einem Abteil dritter Klasse. Aus dem Abort kommend, stürzte ein Mann auf sie zu und versuchte die Ueberfallene am Halse zu würgen. Die Frau stieß den Mann von sich und zog die Notbremse. Bevor jedoch das Zugpersonal herbeigeeilt war, gelang es dem Verbrecher, aus dem Zuge zu springen und in der Dunkelheit zu entkommen. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Mielsdorf. Der 20jährige Sohn des Landmanns B. hantierte mit einem Revolver, in dessen Lauf noch eine Kugel saß. Der Schuß ging los und traf den Vater in den Kopf. B. wurde in das Krankenhaus nach Lübeck gebracht, wo er seinen Verletzungen erlegen ist. Frau und Tochter des B. befinden sich ebenfalls schon seit längerer Zeit in demselben Krankenhaus.

Hamburg. „Der Fürst von Schliewen", der noch bekannt ist und während seiner Hochzeit verhaftet wurde, da er Otto Makel aus Köln hieß und gewiegter Hochstapler war, entwich im März vorigen Jahres aus dem Gefängnis. In Wiesbaden wurde nun ein angeblicher Ingenieur Baum wegen umfangreicher Betrügereien festgenommen und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Da Zweifel über seine Persönlichkeit auftraten, stellte man weitere Ermittelungen an, die ergaben, daß man den Pseudofürsten erwischt hatte. Hamburger Beamte, die er noch von seinem Hochzeitstag in Hamburg kennt, begaben sich nach Wiesbaden, um ihn abzuholen.

Hamburg. Eine Falschmünzerwerkstatt, in der polnische Tausendmarkscheine hergestellt wurden, konnte in der Kleiststraße 10 aufgehoben werden. In der Wohnung der Kaufmannswitwe Stiegmann resp. in einer, angeblich einem Künstler vermieteten Bodenkammer, wurden für 2 154 000 Mark falsche Scheine beschlagnahmt. Als Mitbeteiligte kommen der Sohn und zwei noch unbekannte Männer in Betracht, die sich nach München gewandt haben.

Altona. Ein Eifersuchtsdrama spielte sich am Dienstag in der Blumenstraße 17 ab. Dort wohnte bei ihrem Schwager die von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau Ingwersen. Die Frau J. hatte mit dem Laborant Möbert aus Hamburg ein Verhältnis. Der Weihnachtsabend wurde in der Wohnung des Schwagers fröhlich begangen. Am Dienstag kam der Ehemann der Frau J., der Kohlenhändler Ingwersen aus Hamburg, und überredete seine Frau, wieder zu ihm zu ziehen. Als die Sachen fortgeschafft werden sollten, erschien Möbert auf der Bildfläche. Nach einem kurzen Wortwechsel zog Möbert einen Revolver und schoß auf den Ehemann Ingwersen und verletzte diesen schwer. Möbert, der die Flucht ergriff und auf Anzeige des Schwagers von der hiesigen Kriminalpolizei verfolgt wurde, hat sich später in Hamburg der Polizei selbst gestellt. Ingwersen liegt im bedenklichen Zustande im städtischen Krankenhause darnieder.

Kreis Herzogtum Lauenburg. Aus Furcht vor Strafe schweren Schaden erlitten. In einer Scheune in Breitenfelde wurde ein junges Mädchen aus einem benachbarten Dorfe vollständig erschöpft und mit erfrorenen Füßen aufgefunden. Die Aermste war von der Mutter ausgeschickt worden unter der Drohung, daß sie mit heißem Wasser begossen werde, wenn sie ohne Schmalz zurückkehre. Da das Mädchen das Verlangte nicht erhalten konnte, und aus Angst vor der Strafe nicht wieder nach Hause gehen mochte, hat es sich Tage lang in der Scheune aufgehalten, bis es dort zufällig entdeckt wurde.

Niedergang des Lübecker Bürgertums.

Nachdenkliche Betrachtungen zum Jahreswechsel.

Jetzt, da der Erscheinungen flüchtige Reihe einem eigentümlichen Zustande psychopathischer Erstarrung des Bürgertums wich, darf das Ergebnis der jüngsten Bürgerschaftswahlen gewertet werden. Die Gefahr eines Fehlschlusses ist in dieser Stunde ausgeschlossen. Ein Bild, das mich jahrelang durch Sumpf und Dunkel meiner politischen Diaspora führte, beginnt Wirklichkeitsformen anzunehmen: **Werktätiges Volk als staatsleitende Kraft!** Und aus dieser Entwicklung wird sich herausheben eine durch die Revolutionsgesetzgebung mögliche **staatsbürgerliche Wiedergeburt** ganzer Bevölkerungsschichten.

Der innere Zustand unseres Bürgerums ist ein so erbärmlicher, daß es schwer fällt, ihn ohne mitleidähnliches Unbehagen zu besprechen. Fast auf der ganzen Linie wurde die **Führung der bürgerlichen kommunalpolitischen Arbeit an Intelligenzen zweiten Grades abgetreten.** So gut wie alle mit dem reichen Erfahrungsmaterial der Vergangenheit ausgerüstete Vertreter des Bürgertums sind abgetan; ein **stotterndes Epigonentum** trat an ihre Stelle. Es sind in der Mehrzahl Männer, die in ihren politischen Gruppen und Grüppchen gute Bierbankreden halten konnten, ohne ihre geistige Spannkraft übermäßig anzustrengen; oder auch solche, die im ehemaligen Detailistenverein krause, wirtschaftspolitische Gedanken im Brusttone eines gutsituierten Lübecker **Bettlakenkaufmannes** vortrugen. Diesen durchaus nicht imaginären Bettlakenkaufmann dürfen wir als **einen Typ unseres Bürgertums** betrachten, das seine staatsbürgerliche Impotenz in den Ergebnissen der letzten Bürgerschaftswahlen offenkundig darlegte. Die durch höchstgeschärfte Klassenintelligenz und durch eine gewisse staatsbürgerliche Kultur ausgezeichneten Gruppen des Lübecker Patriziats sind in der neuen Körperschaft so gut wie ausgeschaltet. Geradezu kläglich ist die Vertretung der bürgerlichen Akademiker, wenn wir sie, wie das in der Einwirkung auf das gesellschaftliche Leben tatsächlich in Erscheinung tritt, als einen durch gemeinsame Lebensformen zusammengehaltenen Stand betrachten. Sogar in der Vertretung des **bürgerlichen Handwerks** kommt die Neigung der Wahlergebnisse zur **Minderqualifikation** zum Ausdruck. Von viel größerer Bedeutung, als von dem flüchtig Urteilenden angenommen wird, ist der durch die letzten Wahlen herbeigeführte kommunalpolitische Tod des **Rechtsanwalts Dr. Wittern.** Wir haben weder im Guten, noch im Bösen Ursache, uns mit der bürgerschaftlichen Tätigkeit des Herrn Dr. Wittern zu beschäftigen, er war **Anreißpolitiker** voll ungezügelter Energie, den schließlich eine eigenartige Zerfahrenheit der Betätigung um die Wirkung eines großen Kräfteaufwandes brachte. Für das Wohl und Wehe der Lübecker Arbeiterschaft ist die Existenz dieses Mannes — der sich manchmal dessen erinnert, daß seine Wiege in niedrigem Hause stand — gleichgültig. Aber in den bürgerlichen Lagern wird Dr. Wittern zu gegebener Zeit den Haken finden, an den er die Fangseile seiner kommunalpolitischen Freiballons aufknüpfen kann. Und dann werden sich die Leute, die heute als bürgerliche Fraktionshäupter ins freistaatliche Parlament einzogen, darauf gefaßt machen müssen, daß ihnen die Zweitgradigkeit ihrer kommunalpolitischen Intelligenz schwierige Situationen zu schaffen geeignet ist. Denn darin liegt die immerhin beachtenswerte Wirkung der Witternschen Persönlichkeit, daß sie jederzeit zu rückhaltlosem Angriff ausholt, der, mag er auch nach unseren Begriffen reaktionäre Ziele verfolgen, in der Regel irgend eine reinigende Klarheit schafft. Und Klarheit in der Gesinnung, **Klarheit in den Zusammenhängen zwischen Gesinnung und Geschäft ist unserm Bürgertum sehr unsympathisch.** Daß dieser deutschnational eigenbrötelnde, deutschvölkisch fühlungsuchende und deutschvolksparteilich verstehende Mann vom Bürgertum zu einem mindestens dreijährigen kommunalpolitischen Scheintod verurteilt wurde, ist für politisch geschulte Staatsbürger verständlich, weil Hans-Dampf-Naturen parteipolitisch unerträglich sind; daß aber unser **Bürgertum** nicht einmal die Kraft fand, **den originalsten Vertreter seiner instinktiven Interessen und seiner zeitgeschichtlichen Hilflosigkeit** wieder in den Bürgerschaftssaal zu entsenden, das war uns ein erschütternder Beweis seiner staatsbürgerlichen Kraftlosigkeit.

Wo liegen die **Ursachen** des bürgerlichen Niederbruchs? Wenn wir sie finden wollen, müssen wir die Brille unserer Weltanschauung ablegen. Wir sehen sonst nicht das, was es bei uns nie gab; wir sehen nicht die **Kleinlichkeit in den Auffassungen der staatsbürgerlichen Verpflichtungen, den mit Geschäft und Standesgruppe verknüpften Egoismus, die Spürsinnigkeit des Nutzensuchens für eigene Rechnung;** denn wenn wir diese inneren Triebkräfte nicht zu erkennen vermögen, dann können wir die Zusammenhänge nicht begreifen.

Die wichtigste Ursache des kommunalpolitischen Niederbruches unseres Bürgertums ist die **Resignation der Kreise der bürgerlichen Intelligenz,** die sich innerlich zu einer Umstellung auf die innerpolitisch umgeformten Verhältnisse nicht entschließen können. Es sind dieselben Kreise, die sich von parteipolitischer Tätigkeit oder Mitwirkung fernhalten. Darin liegt zugleich auch die Ursache der **Versumpfung des bürgerlichen Parteilebens.** Sogar die hiesige Gruppe der deutschen Volkspartei, die an sich originaler in ihrer politischen Arbeit ist als das Zentrum, hat keineswegs die geschlossene Gefolgschaft der Industrie und der Großkaufmannschaft. Für die Sozialdemokratie sind diese Zustände durchaus nicht, wie im Bürgertum geglaubt wird, angenehm und nützlich. Der Kampf gegen einen kraftlosen Gegner bereitet uns Unbehagen und droht in unsere Kreise eine psychologisch leicht erklärliche Selbstsicherheit zu tragen. Ein **Bürgertum, das seine Ziele klar und willenskräftig zu vertreten imstande ist,** muß uns, die wir die Wahrheit in der staatlichen Entwickelung festzustellen versuchen, **lieber sein,** als eine **Wählermasse, die zwischen dem eigenen Vorteil und dem Gebet zum Gott der Deutschen hin und her taumelt.** Parteipolitisch ist das **Lübecker Bürgertum traditionell unzuverlässig.** An diese Tatsache lehnt sich der **Bürgerbund,** wenn er die Ausschaltung parteipolitischer Gruppierung in der Bürgerschaft fordert. In der **Arbeit des Bürgerbundes** tritt eine bewußte **Ausnutzung der parteipolitischen Unerzogenheit und auch Ungezogenheit des Lübecker Bürgertums in Erscheinung.** Deshalb ist diese kommunalpolitische Organisation so **ungemein verächtlich.** Das wird in den kommunalpolitisch geschulten, auf Reinlichkeit achtenden Kreisen unseres Bürgertums genau erkannt. So wirkt der Bürgerbund innerhalb der bürgerlichen Linie als Spaltbazillus. Das Hanebüchene ist, daß sich der Bürgerbund über Charakter und Wirkung seines Aktionsradius völlig klar blieb. Wir werden in dem Organ unserer resignierenden kommunalpolitischen Intelligenz, in den „Lübeckischen Blättern", sehr bald ähnliche Gedankengänge niedergelegt finden. Wir können wenig zu dieser Lage sagen; wenn wir sie besprechen, so geschieht es, um dem bürgerlichen Gegner zu zeigen, daß wir wissen, wie sein Gesundheitszustand beschaffen ist. Es geschieht jedoch auch, um der wahlberechtigten **Arbeiterschaft die Notwendigkeit unausgesetzter Wachsamkeit darzutun,** und um ihr nachzuweisen, daß sie sich sehr ernsthaft zu überlegen hat, ob sie einen Spaltbazillus in ihren Reihen dulden oder gar verhätscheln kann. Der politische Kampf wird in demselben Augenblick unberechenbarer und sittlich arm, in dem persönlicher Eigennutz und berechnende Phrase die Geschlossenheit der sich gegenüberstehenden Weltanschauungsgruppen zu zerschlagen beginnen. Das Ergebnis ist allgemeine Staatsunsicherheit, die sehr schnell das ganze wirtschaftliche Leben verpestet. Ich meine, das ist eine Weisheit, die so gehirngeläufig sein sollte wie Wakenitzschlamm nach Tauwetter.

Eine andere Ursache des bürgerlichen Niederganges liegt in der sich herausbildenden **Wesenlosigkeit der Vorstadtvereine.** Diese Wesenlosigkeit hängt zusammen mit der **Einstellung der Bürgerschaftswahlen auf politische Parteien.** An sich ist diese Entwicklung zu begrüßen: die **Vorstadtvereine** waren eine **Brutstätte persönlicher Drahtzieherei und kommunalpolitischer Schiebungen.** Diese Tätigkeit wurde so geschickt ausgeübt, daß der spießbürgerliche Teil der Mitglieder nichts merkte. Es besteht nicht die Absicht, den Vereinen Verdienste um die Wahrung der Vorstadtinteressen zu schmälern. Aber diese berechtigte Interessenwirksamkeit wurde immer mehr Ummantelung der Ziele und der Eitelkeit einzelner Personen. Die Vereine waren die nach außen geleiteten Nervenstränge der korrupten Wahlorganisation, die der Vaterstädtische Verein über die Wahlbezirke ausbreitete. Daß die Vorstadtvereine, mit ihnen der Verein Innere Stadt, seit dem Niederbrechen der bürgerlichen Wahlbevormundung ihre Tätigkeit so gut wie ganz einstellten, mag auch dem weniger tief Blickenden beweisen, auf welchen Boden die eigentliche Wesensart dieser Vereinsgebilde zu suchen war und ist. Und nun darf auch anders exemplifiziert werden: der **Zusammenbruch der Vorstadtvereine** ist eine **naturnotwendige Folgeerscheinung des Zusammenbruchs der alten bürgerlichen kommunalpolitischen Wahlorganisation.** Unser Bürgertum wird vorläufig nicht die Stoßkraft finden, diesen Vereinen eine objektive Daseinsberechtigung zurückzugeben. Die Arbeiterschaft aber möge erkennen, wie wichtig und unentbehrlich ihre Mitwirkung in den Bezirksgruppen der Partei ist.

Starre und Geruhsamkeit des bürgerlichen Lebens vor dem Kriege, das sich anlehnte an **gesicherte Staatsstellungen und vererbte Wohlhabenheit** und an die **Beherrschung der Wege für den Aufstieg der Nachkommenschaft des Patriziats** und seiner Nachsassen, hatten unter uns ein merkwürdiges Aesthetentum geschaffen, das sich zusammentat mit einer ungemein **hochnäsig auftretenden Akademikerschicht.** Diese Akademikerschicht hat — wir wollen bei diesen objektiven Feststellungen die subjektive Beigabe der Hochnäsigkeit vorläufig ausschalten — für das Wohl des Freistaates mit ungeheurer Energie gearbeitet, zum Teil mit durchaus idealistischen Beweggründen. Die Erfolge dieser Arbeit galten jedoch einem Staatswesen, in dem ein **volksgemeinschaftlich feindliches Aestheetentum die Ausdehnung der Mitarbeit und damit des Erfolggenusses auf ständisch Tieferstehende mit allen Mitteln der gesellschaftlichen Klassenorganisation verhinderte.** In staatswichtigen Vereinigungen mit Arbeitervertretern an einem Tisch zu verhandeln, galt und gilt als ein unästhetischer Vorgang, als etwas kaum Erträgliches. Rechtzeitig warnende Stimmen blieben ungehört. Ich entsinne mich eines ernsthaften Versuches eines vielgenannten politisch neutralen Mitbürgers, die **Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit** zu bewegen, den **Vertretern der Arbeiterschaft** durch eine Umformung der Satzungen **Spielraum innerhalb des Wirkungskreises der Gesellschaft zu verschaffen.** Der Erfolg der Bemühungen schien die Einführung des Frauenwahlrechts zu sein; im übrigen aber blieb die Bemerkung eines ehemaligen Zeitungsverlegers symptomatisch: **„Die Kerls wollen wir hier nicht haben!"** Wir wissen, daß **diese Erklärung** nicht den Auffassungen der damals von Senior D. Evers geführten Vorsteherschaft entsprach; sie ist aber **für den Geist** innerhalb der Gesellschaft **noch heute** — fast darf gesagt werden: **in verschärfter Form, kennzeichnend.** Die dort zusammengeschlossenen Aestheten- und Akademikerzirkel waren in die Auffassung verrannt, allein das Recht auf Arbeit am Staate zu haben. Ich habe oft mit tiefster Erbitterung ein brutales Zurückweisen von unten heraufstrebender autodidaktischer Kräfte feststellen können. **Hier sitzt heute der Hort der passiven bürgerlich-kommunalpolitischen Resistenz.** Da die Gesellschaft äußerlich eine politisch neutrale Organisation darzustellen hat, wirkt sie kommunalpolitisch nicht unmittelbar. Sie war und ist lediglich eine wichtige Orientierungsbasis mit weitgreifenden Ausstrahlungen. Da jedoch durch die fortgeschrittene Demokratisierung unseres Staatswesens der innere Zusammenhang mit der Staatsleitung durchaus gelockert ist, fehlt dieser Orientierungsbasis die Initiative, das Stoßkraftgebende. Weil der Wille zur Umstellung auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht da ist, traten Negation und Resignation an Stelle der alten Arbeitsfreudigkeit. Diese Resignation findet teilweise Ausdruck in dem Abbremsen der Tätigkeit des Vereins für Heimatschutz und des Vereins für Kunstfreunde. Das Bürgertum versagt einesteils bewußt, anderenteils aus Mangel an innerer Spannkraft, seine Mitwirkung bei der Lösung kultureller Aufgaben. Seine ganze Haltung ist auf Abwarten eingestellt. **Und was wird erwartet? Ein Versagen der sozialdemokratischen Arbeit am Staat.** Dieser aus Erbitterung, angeblicher Unterschätzung und wirtschaftlicher Zurücksetzung gespeiste passive staatsbürgerliche Widerstand fußt auf der Hoffnung, daß die sozialdemokratische staatsbürgerliche Intelligenz gar bald gezwungen sein würde, die bürgerlich-individualistische Intelligenz zur Mithilfe aufzurufen.

Wir haben vor Monaten erklärt: „Es ist eine Tragik des Sozialismus, daß die Herrschaftsübernahme in einer Zeit an ihn herangetreten ist, in der die Grundfesten der Wirtschaft erschüttert sind, statt in einer Zeit höchster Wirtschaftlichkeit und reichster Erträge. **Die Aufgabe einer gerechten Verteilung reicher Ueberschüsse ist fraglos einfacher und dankbarer zu lösen als die der Wiederingangsetzung einer aus den Fugen geratenen Wirtschaft.** Die Tragik der Stunde aber gilt für uns alle. Wir haben keine andere Wahl, als entweder uns der Schicksalsfügung zu beugen und zu klagen — das ist eine andere Form der Faulenzerei — oder die Dinge zu nehmen und zu erkennen, wie sie sind, und zu handeln, das Beste daraus für uns und unser Volk zu machen (Hilferding, Adler, Stein)." **Wir sind gewillt, ein groß Teil der Verantwortung für die Führung der Staatsgeschäfte auf uns zu nehmen,** und wir haben in unseren Reihen die persönlichen Mittel, unsere Arbeit am Staate nutzbringend zu gestalten. Aber wir verkennen keinen Augenblick die Gefahr, die in der passiven Resistenz des Bürgertums und in der intellektuellen Zweitgradigkeit seiner Vertretung ruht. Die Gefahr besteht darin, **daß den bürgerlichen Wahlorganisatoren die klar zutage liegende Absicht erleichtert wird, staatswirtschaftlich folgenschwere Entscheidungen der alleinigen Verantwortung der sozialdemokratischen Staatsführung**

aufzuladen zwecks Diskreditierung des Sozialismus unter den Wählermassen. Die Arbeiterschaft möge sich gesagt sein lassen, daß sich aus dieser Entwickelung **ein Zusammenwirken zwischen Reaktion und Kommunismus herausbilden wird.** Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind sich klar darüber, daß an ihre staatspolitische und staatswirtschaftliche Arbeit die schärfste Sonde gelegt werden wird. Sie erwarten weder aus dem Bürgertum, noch aus urteilslosen Gruppen der Masse eine Anerkennung ihrer oft mit parteipolitischem Verzicht verbundenen Bemühungen. Sie wissen, daß hinter ihnen keine von den heterogensten Empfindungen hin und her geworfene Bevölkerungsgruppe, **sondern der eisern disziplinierte Wille der organisierten Arbeiterschaft steht.** Diese weiß, daß ihre Vertreter nicht als Geschäftemacher in den Regierungsstellen und vor den Parlamentsklapptischen sitzen, sondern daß sie mehr Herzblut für die Sache des Volkes hingeben und hinzugeben bereit sind, als zum Ausbluten erforderlich wäre. Werft einen offenen Blick ins bürgerliche Lager: **Seht ihr nicht, daß auf euch allein die Verantwortung für die Wohlfahrt des Staates gelegt worden ist,** dazu der Kampf gegen die auspumpenden Maßnahmen der Reparationskommission?

Das geschäftetreibende Bürgertum hat zurzeit alle Hände voll zu tun, um die **Wucherkonjunktur mit der robusten Rückhaltlosigkeit eines Lübecker Bettlakenkaufmannes auszunutzen und die Tätigkeit des Finanzamtes durch „doppelte" Buchführung zu erleichtern.** Die Staatsgeschäfte sind ihm recht gleichgültig. Daß in der höher qualifizierten geistigen Arbeit stehende Bürgertum beschränkt sich auf die notwendigste Ausübung seiner Berufspflichten, kämpft in doppelter Erbitterung gegen die wirtschaftliche Not, die uns alle umkrallt, und es findet nicht die Kraft, seine alte Freude an der staatsbürgerlichen Arbeit in der Mitwirkung mit uns wiederzusuchen. Wir können dabei nichts tun. Es gilt von diesen Kreisen das in Japan geläufige Sprichwort: „Ein Mann kann ein Pferd ins Wasser bringen; vier Männer können es im Wasser zum Ersaufen bringen; aber zwölf Männer können es nicht dazu bringen, zu saufen, wenn es keinen Durst hat." Wir können jedoch warten, bis der Durst nach dem Sozialismus kommt!

Der heutige **Bürgermeister Dr. Neumann** hielt 1913 im Anschluß an eine bewegte Beratungssitzung der Gemeinnützigen Gesellschaft, in der durch Bemerkungen des heute deutschnationalen Kaufmannes Georg Reimpell die politische Neutralität der „Gemeinnützigen" erörtert wurde, eine **Rede, die den zersetzenden Einfluß der sozialdemokratischen Parteitätigkeit auf Staat und Gesellschaft im Sinne der alldeutschen Anschauungen nachzuweisen** versuchte. Nun wirkt **dieser Mann an der Spitze eines stark sozialistisch** durchsetzten Senates! Nur die Nächststehenden werden wissen, wie erschütternd die inneren Kämpfe dieser starken, aufrechten Persönlichkeit gewesen sind, als sie auf der einen Seite den Niederbruch des freistaatlichen Bürgertums, auf der andern Seite das **besonnene und sieghafte Zugreifen der Arbeiterschaft feststellen gezwungen war.** In bewegten Senatssitzungen, in denen zunächst das immer vorhandene Diplomatenöl des früheren Bürgermeisters Dr. Fehling glättend wirkte, hat sich Dr. Neumann, haben sich seine bürgerlichen Senatskollegen zu einer ersprießlichen Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitersenatoren durchgerungen. Unser **Bürgertum, dem die Psychologie der organisierten Arbeiterschaft und der von ihr getragenen korporativen Vertretungen rätselhaft und schreckhaft blieb, kann die Bedeutung dieser Vorgänge nicht verstehen.** Not und objektive Ueberlegung haben die beiden in Senat vereinigten Gruppen, Individualisten und Sozialisten, auf realpolitischem Boden zusammengeführt in Formen, die nicht zwingen, das Endziel der Persönlichkeitsüberzeugung hinzugeben. **Das Typische bleibt jedoch, daß das Bürgertum seine Senatsvertreter in die Luft gehängt hat; die Arbeitersenatoren fußen auf der erwachten staatsbürgerlichen Energie der werktätigen Bevölkerung. Sie werden die zukünftige Geschichte des Freistaates machen.**

Die Lübecker Arbeiterschaft sorge dafür, daß sich ihre Reihen fester schließen. Es geht in Zukunft hart auf hart, innen und außen: Innen gegen die noch versteckt gehaltenen Knüppeln der Reaktion, außen gegen die schwirrende Knute der Entente: **In deutschen Arbeiter liegt die Kraft, die des Reiches Einheit trägt. Geht sie hin, wehe uns allen!**

Heinrich von Hundtenhorst.

Gewerkschaften.

Auf dem Wege zum Baugewerksbund. Wie das Korrespondenzblatt des ADGB. mitteilt, hatte der Ausschuß des ADGB. in seiner fünften Tagung (6. bis 8. Juli 1920) eine aus elf Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, zu untersuchen, wieweit die gewerkschaftlichen Berufsverbände zu Industrieverbänden zusammengefaßt werden können. Nachdem diese Kommission in zwei Sitzungen grundsätzliche Organisationsfragen besprochen und sich über einige allgemeine Gesichtspunkte geeinigt hatte, beschäftigte sie sich in seiner letzten Sitzung mit **der Schaffung einer Einheitsorganisation für das Baugewerbe. Zu der Sitzung** waren auch Vertreter derjenigen baugewerblichen Verbände geladen, von denen der Vorstand des ADGB. annahm, daß für sie der Zusammenschluß zum Baugewerksbund zunächst in Frage komme. Die Kommission faßte mit 12 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß: Die Kommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Schaffung eines Baugewerksbundes möglich und zweckmäßig ist. Sie empfiehlt den Verbänden des Baugewerbes, den Baugewerksbund so bald als möglich zu gründen. — Gegen den Beschluß stimmten die Vertreter der Verbände der Zimmerer und der Fabrikarbeiter.

Aus aller Welt.

Eine Grippe-Epidemie in Berlin. Eine Grippe-Epidemie allerschwerster Art mit zahlreichen tödlich verlaufenden Lungen- und Herz-Erkrankungen, hohem Fieber und Halsinfektionen ist plötzlich in Groß-Berlin aufgetreten und hat Tausende auf das Krankenbett geworfen. Die Krankenhäuser sind mit Grippekranken stark überlastet.

Mord und Selbstmord. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, erstach am Heiligen Abend der 22jährige Handlungsgehilfe Haraschta seinen Schwiegervater, zu dem sich seine Frau geflüchtet hatte, und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Ein deutscher Dampfer in der Ostsee gekapert. Der „Ruf" berichtet aus Reval: Die hiesige Rettungsgesellschaft für Schiffe fand auf offenem Meere den deutschen Dampfer „Kapella", der von Bolschewisten ausgeplündert worden war. Die Besatzung ist verschollen. Ein zweiter Dampfer ist ebenfalls spurlos verschwunden. Man befürchtet, daß er den bolschewistischen Piraten in die Hände gefallen ist.

Im Wahnsinn. In einer Ortschaft bei Pau in Frankreich hat sich ein Bauer in seiner Wohnung verbarrikadiert, die er seit Sonnabend mit einem Jagdgewehr verteidigt. Er hat bereits einen Passanten und zwei Gendarmen getötet.

Abtorfung eines Riesenmoores. Auf Grund eines vom Kulturamt Hannover ausgearbeiteten Planes wird jetzt das im Verwaltungsbezirk der staatlichen Oberförsterei Binnen Kreis Nienburg (Weser) zwischen Voigtei und Siedenburg belegene 311 Hektar große Moor und die sogenannten Stenerberger Fichten durch Abtorfung in 50 Jahren der industriellen Nutzung zugeführt. Es wird damit ein großes Unternehmen ins Werk gesetzt, das im Hinblick auf die Beschäftigung zahlreicher Arbeiter und die Schaffung von Kulturland von hoher Wichtigkeit ist. Die Torfausbeute wird an industrielle Unternehmer auf dem Wege des Meistgebots am 1. Februar 1922 vergeben werden.

Die Grippe in Süddeutschland. Die Grippe-Epidemie ist in Baden und Württemberg noch immer im Zunehmen begriffen. Weitere Hunderte von Erkrankungen werden gemeldet, die Kinder und Erwachsene in gleicher Weise befallen. Glücklicherweise nimmt die Grippe diesmal im allgemeinen einen gutartigen Verlauf. Es sind bisher nur einige wenige Fälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen.

Ein Pfund Kaviar 6000 Mark. Seit einigen Tagen gibt es in Berlin wieder echt russischen Kaviar. Er wird pro Gramm mit 12 Mark verkauft. Das Pfund kostet 6000 Mark. **Trotz dieses** sehr hohen Preises läßt die Zahl der zahlungsfähigen **Kaviar**freunde nichts zu wünschen übrig. Da der Transport völlig ruht, hat man die seltene Ware in einem Flugzeug nach Deutschland gebracht.

Genossenschaften.

Die Kapitalerhöhungen bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. Nach einer Bekanntmachung des Amtsgerichts Hamburg ist durch **Beschluß der** Gesellschafter der Großeinkaufs-Gesellschaft **Deutscher Konsumvereine** m. b. H., Hamburg, das Stammkapital der **Gesellschaft um 10 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark und durch Gesellschafterbeschluß** vom 26. September 1921 **weiter um 20 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark erhöht worden.**

Sport.

Die Fußball-Abteilung des Arbeiter-Turnvereins hatte zum 2. Weihnachtstag die 1. Mannschaft des Brudervereins „Waldhof"-Mannheim zu einem Propagandaspiel nach hier verpflichtet. Es sollte der Bevölkerung Lübecks gezeigt werden, daß der Arbeitersport marschiert und in nichts mehr hinter der bürgerlichen Sportbewegung zurücksteht, in manchem sogar überlegen ist. Für Vereine unserer Bewegung ist es schon ein Risiko, sich einen süddeutschen Gegner zu holen. Der Himmel hatte im letzten Augenblick ein Einsehen, sonst hätte „A.-T.-V. Lübeck" wohl tief in die Tasche greifen müssen. Der Sportplatz „Kasernenhof" ließ aber ein einwandfreies Spiel nicht zu. Es war ein Morast, welcher schon beim Zuschauer grausen machte. Wann endlich erhält die größte Fußballvereinigung am Ort den längst versprochenen Sportplatz?! Im Sommer schwarz von Staub, im Winter schwarz vom Schlamm verlassen die Sportler den Kasernenhof. Das ist nicht gesundheitsfördernd, sondern schädlich. — Das Spiel selbst, den Platz abgerechnet, verlief zur vollsten Zufriedenheit. Lübeck hatte sich gleich gut zusammengefunden, trotz der vielen Umstellungen in letzter Zeit und des Ersatzes. Mannheim war gut in Form und wollte die Niederlage in Kiel wohl wieder gut machen. (Mannheim spielte in Kiel mit einem Ersatz-Tormann mit 6 : 1 für Kiel.) Lübecks Mittelstürmer gelang es zweimal, das Leder ins Netz zu jagen, aber der Schiedsrichter pfiff beide Male im selben Moment abseits. Streng, aber gerecht. Nur beim 2. Abseitstor hätte der Schiedsrichter etwas früher pfeifen müssen. Bald darauf gelang es Mannheim, die Führung an sich zu reißen. Nach der Halbzeit konnte beiderseits nichts Zählbares erreicht werden. Die Zuschauer kamen trotz des schlechten Platzes voll auf ihre Kosten. Ein spannender Moment folgte dem andern. Es standen sich zwei gleichwertige Gegner gegenüber. Der Sportgenosse Pöppel-Kiel, welcher zum 125. Male ein Spiel leitete, hatte dieses fest in der Hand. Endresultat 1 : 0 für Mannheim. Ecken 6 : 3 für Lübeck. K—s.

Quittung.

Von der 2. Wachttour der Feuerwehr-Hauptwache wurde am 1. Weihnachtstag eine Rotweinflasche, mit Kaffee gefüllt, versteigert. Es wurde bestimmt, den Betrag von 25 Mark für das Kinderheim Vorwerk zu stiften. — Weitere 5 Mark gingen von einem Mieter ein.

Völlig frei von Blüten war mein Gesicht in überraschend kurzer Zeit
103) durch KOMBELLA was mich Ihnen
zu großem Dank verpflichtet. Hochachtungsvoll R. W. . .
Kombella, die nichtfettende Hautcreme ist überall erhältlich.

Bekanntmachung.

Um den Abnehmern von Gas, Strom und Wasser die Bezahlung der vierteljährlichen Rechnungen zu erleichtern, ist eine Einrichtung geschaffen, die den Abnehmern die Möglichkeit bietet, an unseren Kassenschaltern Mengstraße 26 **jederzeit** Vorauszahlungen in Höhe von ℳ 25, ℳ 50, ℳ 75, ℳ 100 auf später fällige Rechnungsbeträge zu leisten. Ueber die vorausgezahlten Beträge werden den Abnehmern Quittungen ausgehändigt, die aufzubewahren und bei Bezahlung der Vierteljahresrechnungen **als Bargeld** wieder in Zahlung zu geben sind.

Lübeck, den 28. Dezember 1921. (11158

Die Betriebsbehörde.

Zentral-Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Am 2. Weihnachtstag, 26. Dezember, starb unser langjähriges Mitglied, der Bäcker

Wilhelm Dühring

im 54. Lebensjahre.
Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.
11156) **Der Vorstand.**

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. Dezbr., 3½ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Versammlung der Kollegen daselbst.

Verb. d. Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
— (11181
Am 24. Dez. starb unsere Kollegin
Eliese Krüger
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, d. 2. Januar, nachmittags 1½ Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.
D. Ortsverwaltung.

Verein „Fritz Reuter" Lübeck.
Uns' Frün'n tau Nahricht, dat an'n 26. 12., abends Klock ½9 uns' leiw Fründ
Wilhelm Düring
storb'n is. (11189
Wi verlier'n in em een'n trug'n Fründ.
De Beirdigung is an'n Friedag, den'n 30. Dez. nahmiddags Klock 3½ up'n Vörwarker Kirchhof.
De Frün'n versammelt sick Klock 3 in'n Feldkrog.
De Vörstand.

Ab 1. Jan. 1922 bin ich bei sämtlichen Krankenkass. zugelassen. (11160
Dr. W. Voss
Moltkestraße 15.

Zum Silvester empfehle: Schleswig-Holsteiner
Kümmel Fl. 28 Mk.
Aquavit Fl. 31 Mk.
Aquavit 40% Fl. 34 Mk.
Rum - Arrak - Verschnitt
Kognak in Originalfl.
Asbach uralt, Egon Braun
Machall Edel, Goldstück
Marke „Edelbrand"
f. Liköre v. Egon Braun
sowie
Rum und Glüh-Punsch
mit Zucker, Flasche 19 ℳ
Frische Kekse
in versch. Packungen.
Ernst Voss
Gr. Burgstraße 59.
Fernruf 410.

Neuer Grundeigent.-Verein
Lübeck und Umgegend
von 1919.
Kündigungsformulare
für Hausbesitzer, bei denen die Mieter die neuen Mietsforderungen **nicht** anerkennen, sind sofort der Geschäftsstelle: **Alfstraße 39** zu entnehmen. (11183
Der Vorstand.

Pelzgarnituren
werd. modern u. bill. aufgearb. **D. Wagner,**
11149) Holstenstraße 8.

Freitag und Sonnabend
prima junges dickfettes
Roßfleisch
(Fohlenfleisch)
ff. ger. Mettwurst und Gekochte
Fr. Kollmann
Reiferstr. 8. (11186

Empfehle zu Weihnachten u. Neujahr:
Feinst. Mayonaisen-Salat
p. Pfd. **18** Mk.
Feinsten Herings-Salat
p. Pfd. **12** Mk.
Paul Lohrmann,
Feinkostfabrik.
Zu haben in nachfolgenden Geschäften:
H. Mollenhauer, Holstenstraße 36.
P. Burmeister, Holstenstr. 26.
H. Prümm, Wahmstraße Ecke Königstraße.
C. Hinz, Breite Str. 55.
J. Borgwardt, Kronsf. Allee 29.
G. Hayessen Wwe., Mühlenbrücke 1a.
P. Tretow, Schlumacherstr. 27
H. Scheel, Kupferschm.-Str. 12
W. Badstein, Schwönekenquerstr. 11.
J. Piquard, Hüxstr. 126.
G. Lilberg, Hüxstr. 32.
A. Wulf, Hüxstr. 40.
W. Denker, Marlesgr. 58.
H. Luck, Schwart. All. 84
P. Lohrmann, Hundestr. 95
und den einschlägigen Geschäften. (11151

Johann Möllers Fleischquelle
Hüxstraße **83/85** Fernr. 8544
Fettes Rindfleisch . . . Pfund **10 Mk.**
Frisches Gehacktes . . Pfund **11 Mk.**
Scheiben-Beefsteak . Pfund **12 Mk.**
Rollfleisch u. Klops Pfund **12 Mk.**
Kaufe Schweine, Rinder, Kälber. (11176

Erich Kuttner MdL
Warum verfagt die Justiz?

zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Vermählung danken herzl.
Paul Leonhard
u. Frau Mimi
11188 geb. Peters.

3 Sek Ferkel
zu verk. (11177) **Stüwe,**
Schönböckenerstraße 18

Jg. Ehepaar sucht z. sof. 1—2 l. Zimm. m. Küchenbenutzung. Ang. u. R. 2 a. d. Exped. d. Bl. (11157

Entfl. 2 weiße Tauben. Gegen Belohnung abzug. Brockesstr. 16, II. (11185

Gel. Bettstelle m. Matr. u. g. Bett. Ang. m. Pr. unter 22 a. d. Ex. (11178

A. 22. 12. j. gelbe Hündin zugel. Abzuh. (11162
Gewerbestraße 53.

Tannenabfallholz
trocken, ab Lager 10 ℳ, 11165) frei Haus 12 ℳ große Säcke. Fernr. 8315
W. Schwarz,
Moislingerallee 10.

Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Hasen-, Kanin-, Zieg.-, Kalb-, Reh- sowie sämtliche anderen Sorten (11077
Felle,
Pferde- u. Kuhschweifhaare kauft zu den höchsten Tagespreisen
J. Wagner
Holstenstr. 8. F. 3414.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (11148
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.